

Landtag Brandenburg

6. Wahlperiode

Drucksache 6/4520

Neudruck

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drittes Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drittes Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften

A. Problem

I. Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung, Gewässerunterhaltungsverbände

Mit dem „Koalitionsvertrag der SPD Brandenburg und der LINKE Brandenburg für die 6. Wahlperiode des Brandenburger Landtages“ vereinbarten die Regierungsparteien u.a. die Novellierung des Brandenburgischen Wassergesetzes. Gemäß dieser Vereinbarung sollen die Verteilung der Kosten der Gewässerunterhaltung gerechter gestaltet sowie regionale Besonderheiten und das Verursacher- und Vorteilsprinzip stärker berücksichtigt werden. Entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag und des Landtagsbeschlusses vom 23. September 2013 wurden die landesrechtlichen Regelungen einem Ländervergleich unterzogen sowie ein Planspiel zur Prüfung der Umsetzbarkeit und Praktikabilität unterschiedlicher Regelungsmodelle für modifizierte Umlage- und Mitgliedschafts- bzw. Beteiligungsregelungen durchgeführt.

II. Regelungen zur Haushalts – und Wirtschaftsführung der Gewässerunterhaltungsverbände

Im Rahmen der Haushaltsführung der Gewässerunterhaltungsverbände wird mitunter nicht in hinreichendem Maße zwischen den Einnahmen-/ Ausgaben für die eigenen Aufgaben (Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung), für die durch Gesetz oder Verordnung übertragenen (Landes)Aufgaben und für die freiwilligen Aufgaben getrennt. Dies ist jedoch im Sinne einer ordnungsgemäßen Verwendung der Mittel und Kostenumlage zwingend erforderlich. Ungenauigkeiten im Rahmen der Wirtschaftsführung können zu wirtschaftlichen Schieflagen führen. Es ist erforderlich, derartige Risiken zu minimieren und die Kontrollierbarkeit zu verbessern.

III. Schöpfwerksbetrieb, Stauanlagen

Die Regelung zum Außerbetriebsetzen dieser Anlagen hat zu erheblichen Schwierigkeiten im Vollzug geführt. Diese entstanden insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung der Bevorteilten und die Kosten des Weiterbetriebes. Mitunter war der erforderliche Weiterbetrieb der Anlagen gefährdet.

IV. Gewässerrandstreifen

Die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie macht es erforderlich, dass zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele bei Oberflächengewässern insbesondere der diffuse Eintrag von Stoffen gemindert wird. Dies kann durch die Festlegung von Gewässerrandstreifen erfolgen. Anforderungen an die Breite sowie an die einzuhaltenden Ge- und Verbote sind dabei sehr unterschiedlich.

V. Wassernutzungsentgelt

Das Wassernutzungsentgelt ist eine Sonderabgabe mit Anreiz-, Lenkungs- und Finanzierungsfunktion. Um diese Funktionen zu erhalten, sind Tarifierpassungen geboten.

VI. Verbesserung des wasserrechtlichen Vollzuges

1. Verordnungsermächtigung

Die Sperrwirkung bundesrechtlicher Verordnungsermächtigungen war nach dem Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes im Jahr 2010 umstritten. Bei der Anpassung des Brandenburgischen Wassergesetzes an die bundesrechtlichen Vorgaben wurden die Verordnungsermächtigungen des für die Wasserwirtschaft zuständigen Mitgliedes der Landesregierung daher aufgehoben. Nunmehr hat der Bundesgesetzgeber klargestellt, dass die Länder entsprechende Verordnungen erlassen können, solange und soweit die Bundesregierung von ihrer Ermächtigung nach § 23 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes keinen Gebrauch gemacht hat.

2. Gewässerunterhaltungspläne

Die Erstellung von Gewässerunterhaltungsplänen ist bisher nicht verpflichtend und wird nicht von allen Gewässerunterhaltungsverbänden vorgenommen. Die Aufstellung abgestimmter Gewässerunterhaltungspläne verbessert die nachhaltige, mit den unterschiedlichen Belangen abgestimmte Gewässerunterhaltung.

3. Abwasserbeseitigungskonzept

Abwasserbeseitigungskonzepte dienen der nachhaltigen Entwicklung der Abwasserbeseitigung in den Gemeinden. Sie fördern die Umsetzung wasserwirtschaftlicher Belange und gewinnen insbesondere im Hinblick auf die demografische Entwicklung an Bedeutung.

Der Umgang mit den Abwasserbeseitigungskonzepten ist in der Praxis sehr unterschiedlich, mitunter werden diese nur unzureichend erstellt oder nicht fristgerecht aktualisiert. Bei den unteren Wasserbehörden wird in der Praxis die Notwendigkeit der stärkeren Einbindung im Aufstellungsverfahren gesehen.

4. Verfahren zur Ausweisung von Wasserschutzgebieten

Das Verfahren zur Ausweisung von Wasserschutzgebieten ist bisher gesetzlich nicht hinreichend ausgestaltet. Die unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten erforderlichen Verfahrensschritte ergeben sich lediglich aus dem Leitfaden des Ministeriums. Auch die Heilung von Verfahrensfehlern ist bisher nur unzureichend geregelt.

5. Ausnahmen vom Verschlechterungsverbot und Verbesserungsgebot gemäß der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie im Zulassungsverfahren

In der aktuellen Rechtsprechung wird davon ausgegangen, dass die Ausnahmen vom Verschlechterungsverbot und Zielerreichungsgebot im jeweiligen Zulassungsverfahren zu prüfen sind.

6. Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht für erlaubnisfreie Einleitung/ Versickerung von Niederschlagswasser

Die Abwasserbeseitigungspflicht ist in § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes geregelt und obliegt regelmäßig den Gemeinden. Dies trifft auch auf die Beseitigung von gesammeltem Niederschlagswasser zu. Das Wasserhaushaltsgesetz ermächtigt die Länder, die Beseitigung von Niederschlagswasser unter bestimmten Voraussetzungen erlaubnisfrei zu stellen. Eine entsprechende Verordnung wird derzeit erarbeitet. Die gesonderte Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht an die Grundstückseigentümer/ Grundstückseigentümerinnen für diese erlaubnisfreien Benutzungen führt zu einem unnötigen Aufwand bei den Wasserbehörden und Grundstückseigentümern/ Grundstückseigentümerinnen.

7. Bauabnahme bei geringfügigen Mängeln

Hierzu gibt es keine gesetzliche Regelung, was in der Praxis zur Änderung der Zulassung oder zur Rückbauverfügung führt.

VII. Vollzug der Abwasserabgabe

Beim Vollzug der Abwasserabgabe treten bezüglich der nunmehr konkretisierten Fristenregelungen Unsicherheiten auf. Auch in gerichtlichen Verfahren wurden die unkonkreten Regelungen bemängelt.

B. Lösung

zu A.I. Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung, Gewässerunterhaltungsverbände

Aufgrund des geringeren Beitrages der Waldflächen an der Verursachung der Kosten der Gewässerunterhaltung werden diese gegenüber anderen Flächen privilegiert. Eine weitergehende Privilegierung von Flächen ist wegen der bisher nicht flächendeckenden Erfassung von Nutzungen in den Liegenschaftskatastern in Brandenburg nicht rechtssicher möglich. Dem Verursacherprinzip wird jedoch auch mit der Neufassung des § 85 BbgWG (Heranziehung von Erschwerern/ Erschwererinnen) Rechnung getragen.

Die umfassenden Prüfungen zur Frage der Mitgliedschaft in den Gewässerunterhaltungsverbänden haben zu dem Ergebnis geführt, dass die, oftmals als gerechter empfundene, Einzelmitgliedschaft der Grundstückseigentümer/ Grundstückseigentümerinnen derzeit nicht rechtssicher umsetzbar ist. Im Ergebnis des Planspieles wurde hier festgestellt, dass 91 Prozent der Gemeinden nicht über flurstücksgenaue Daten zur Ermittlung der gemeldeten Einwohner/ Einwohnerinnen verfügen. Damit liegen die zum rechtssicheren Vollzug der Einzelmitgliedschaft erforderlichen Daten aktuell nicht vor.

Zu A II. Regelungen zur Haushalts – und Wirtschaftsführung der Verbände

Es wird eine einheitliche Vorgabe für die Haushalts- und Rechnungsführung und –prüfung für alle Verbände festgeschrieben. Die verschiedenen Aufgabentypen sind haushalterisch klar zu trennen und die doppelte Buchführung wird zwingend vorgeschrieben. Die Regelung dient der Klarheit und Transparenz und damit der bes-

seren Kontrollierbarkeit der Wirtschaftsführung der Gewässerunterhaltungsverbände sowohl durch die Verbandsorgane selbst als auch durch Externe (Rechnungsprüfung, Aufsicht). Es soll ein frühzeitiges Erkennen und Einschreiten bei finanziellen Schieflagen in den Verbänden sichergestellt werden.

zu A.III. Schöpfwerksbetrieb, Stauanlagen

Aufgrund der natürlichen Gegebenheiten in Brandenburg wird, wie in Bundesländern mit vergleichbaren Rahmenbedingungen, der Betrieb von Schöpfwerken, die der Abführung des Wassers dienen, nunmehr als Aufgabe der Gewässerunterhaltung geregelt. Der Betrieb von Stauanlagen, die der Erhaltung des Gewässers in einem Zustand- der hinsichtlich der Rückhaltung von Wasser den wasserwirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht- dienen, wird ebenfalls als Aufgabe der Gewässerunterhaltung geregelt.

Bezüglich des Außerbetriebsetzens und Beseitigens von Schöpfwerken und Stauanlagen, die nicht der Gewässerunterhaltung unterfallen, wird die Genehmigungspflicht wiedereingeführt.

zu A.IV. Gewässerrandstreifen

Durch das Wasserhaushaltsgesetz ist die Breite der Gewässerrandstreifen im Außenbereich bereits auf 5 Meter festgelegt. Ausgenommen von den bundesrechtlichen Verboten, die in Gewässerrandstreifen gelten, ist die Anwendung von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln. Die Länder können davon abweichende Regelungen treffen.

Aufgrund des unterschiedlichen Zustandes und der unterschiedlichen Erfordernisse der jeweiligen Gewässer wird auf eine pauschale Festlegung der Breite und der Verbote im Brandenburgischen Wassergesetz verzichtet. Zunächst soll versucht werden, auf freiwilliger Basis Vereinbarungen mit den Grundstückseigentümern/ Grundstückseigentümerinnen oder Nutzern/ Nutzerinnen zu treffen. Erst wenn dies nicht gelingt, sind Regelungen zur Breite und zu den Verboten im Gewässerrandstreifen durch Rechtsverordnung zu treffen.

zu A.V. Wassernutzungsentgelt

Die Tarife werden im Hinblick auf die Lenkungs- und Finanzierungsfunktion des Wassernutzungsentgeltes angemessen erhöht.

zu A.VI. Verbesserung des wasserrechtlichen Vollzuges

1. Die in § 23 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes formulierte Verordnungsermächtigung an die Landesregierungen wird an das für die Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung übertragen.
2. Die Verpflichtung zur regelmäßigen Erstellung von Gewässerunterhaltungsplänen wird eingeführt.
3. Das Instrument „Abwasserbeseitigungskonzept“ wird durch neue gesetzliche Vorgaben gestärkt.

4. Es werden konkrete Verfahrensregelungen für die Festsetzung von Wasserschutzgebieten zur rechtssicheren Umsetzung festgeschrieben.
5. Die Zuständigkeit der Zulassungsbehörde für die Prüfung und gegebenenfalls Erteilung einer Ausnahme von den Bewirtschaftungszielen wird ausdrücklich im Gesetz geregelt.
6. Die Abwasserbeseitigungspflicht für die benannten Fälle wird durch Gesetz übertragen.
7. Schaffung der Möglichkeit der Bauabnahme trotz geringfügiger Mängel.

Zu A. VII. Vollzug der Abwasserabgabe

Die Fristenregelungen zur Abwasserabgabe werden konkretisiert.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Die im Gesetzentwurf enthaltenen Änderungen sind zur Lösung der aufgeführten Probleme erforderlich.

Gesetzliche Festlegungen wurden nur da getroffen, wo keine anderen Möglichkeiten, wie z.B. freiwillige Vereinbarungen, ersichtlich sind.

II. Zweckmäßigkeit

Die im Entwurf enthaltenen Änderungen sind im Hinblick auf die Zielerreichung zweckmäßig.

III. Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Die Bürgerinnen und Bürger werden durch die geplanten Änderungen entlastet. Die Übernahme des Betriebes bestimmter Schöpfwerke und Stauanlagen in die Gewässerunterhaltungspflicht entlastet die Eigentümer der Anlagen und- sofern erforderlich- wird ein kontinuierlicher Betrieb gewährleistet. Die Kosten werden zukünftig solidarisch auf die Grundstückseigentümer im Einzugsgebiet umgelegt.

Die Regelung zur Ausnahmeprüfung zu Verboten und Geboten der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie führt zu Rechtssicherheit und effektiver Prüfung der Auswirkungen von Vorhaben.

Die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht durch Gesetz für erlaubnisfreie Versickerung/ Einleitung von Niederschlagswasser entlastet Grundstückseigentümer/ Grundstückseigentümerinnen und die Verwaltung.

Die Gewässerunterhaltungspflicht wird erweitert um die Verpflichtung zum Betrieb und zur Unterhaltung von Schöpfwerken, die der Abführung von Wasser dienen und von Stauanlagen, die der Erhaltung des Gewässers in einem den wasserwirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Zustand dienen. Die Kosten für Anlagen in Gewässern II. Ordnung werden mit den übrigen Unterhaltungskosten umgelegt.

Wieder eingeführt wird die Genehmigungspflicht für das Außerbetriebsetzen von Schöpfwerken und Stauanlagen, die nicht der Gewässerunterhaltung unterfallen. Aufgrund des auch mit der derzeit geltenden Gesetzeslage entstehenden Prüfaufwandes ist kein Mehraufwand ersichtlich, der durch die Genehmigungspflicht ausgelöst wird. Die Betreiber/ Betreiberinnen der Anlagen haben dann Rechtssicherheit bzgl. des ordnungsgemäßen Außerbetriebsetzens.

Neue Untersuchungs- oder Anzeigepflichten werden nicht geschaffen.

Die Erhöhung der Tarife führen zu einer Mehrbelastung, die aber im Hinblick auf die Lenkungs- und Finanzierungsfunktion gerechtfertigt sind.

Der Aufwand der Wasserbehörden im Vollzug erhöht sich nicht. Für die veränderten Verfahren werden konkrete Gebührentatbestände geschaffen.

D. Verfahrensbeteiligte im Sinne des Kapitels I Nummer 1 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg

Städte –und Gemeindebund Brandenburg, Landkreistag Brandenburg

E. Zuständigkeiten

Zuständig ist der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft

Gesetzentwurf für ein

Drittes Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Brandenburgischen Wassergesetzes

Das Brandenburgische Wassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. März 2012 (GVBl. I Nr. 20), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 8 des Gesetzes vom 25. Januar 2016 (GVBl. I Nr. 5 S. 5) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu § 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 2 Verordnungsermächtigung (zu § 23 Absatz 3 und § 24 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes)“.

b) Die Angabe zu § 16 wird wie folgt gefasst:

„§ 16 Verfahren zur Ausweisung von Wasserschutzgebieten gemäß § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes“.

c) Die Angabe zu § 17 wird wie folgt gefasst:

„§ 17 Besondere Vorschriften für Billigkeitsausgleichszahlungen (zu § 52 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)“.

d) Die Angabe zu § 30 wird wie folgt gefasst:

„§ 30 Anzeige des Übergangs der Erlaubnis oder Bewilligung (zu § 8 des Wasserhaushaltsgesetzes)“.

e) Die Angabe zu § 36a wird wie folgt gefasst:

„§ 36a (weggefallen)“.

f) Die Angabe zu § 38 wird wie folgt gefasst:

„§ 38 Koordinierung paralleler immissionsschutzrechtlicher Verfahren bei Abwassereinleitungen“.

g) Die Angaben zu Kapitel 5 Abschnitt 1a und zu den §§ 39a bis 39h werden gestrichen.

h) Die Angabe zu § 67 wird wie folgt gefasst:

„§ 67 Abwasserbeseitigungskonzept“.

i) Die Angabe zu Kapitel 7 wird wie folgt gefasst:

„Kapitel 7

Gewässerrandstreifen, Gewässerunterhaltung, Anlagen“.

j) Die Angabe zu Kapitel 7 Abschnitt 1 wird wie folgt gefasst:

„Abschnitt 1

Gewässerrandstreifen“.

k) Die Angabe zu § 77 wird wie folgt gefasst:

„§ 77 Gewässerrandstreifen (zu § 38 des Wasserhaushaltsgesetzes)“.

l) Die Angabe zu § 84 wird wie folgt gefasst:

„§ 84 Besondere Pflichten im Interesse der Gewässerunterhaltung (zu § 41 des Wasserhaushaltsgesetzes)“.

m) Die Angabe zu § 100 wird wie folgt gefasst:

„§ 100 Festsetzung von Überschwemmungsgebieten (zu § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes)“.

2. § 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 2

Verordnungsermächtigung

(zu § 23 Absatz 3 und § 24 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Das für die Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung wird ermächtigt, Rechtsverordnungen gemäß § 23 Absatz 3 und § 24 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes zu erlassen.

(2) Zur Umsetzung von Recht der Europäischen Union, die Badegewässer betreffen, kann das hierfür zuständige Mitglied der Landesregierung Rechtsverordnungen erlassen, insbesondere über Anforderungen an Gewässer und Wasser, deren Ausweisung, Überwachung und Einstufung sowie Maßnahmen zum Schutz der Gewässer und der Badenden.“

3. § 15 wird wie folgt gefasst:

Wasserschutzgebiete
(zu §§ 51 und 52 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Ein Wasserschutzgebiet wird durch Rechtsverordnung des für die Wasserwirtschaft zuständigen Mitglieds der Landesregierung festgesetzt. Ein Wasserschutzgebiet gemäß § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes für eine Wasserfassung mit einer prognostizierten mittleren täglichen Entnahmemenge von weniger als 2 000 Kubikmetern wird vom Landkreis oder von der kreisfreien Stadt, in dessen oder deren Gebiet sich die Wasserfassung befindet, durch Rechtsverordnung festgesetzt. Das nach Satz 2 festgesetzte Wasserschutzgebiet ist nach den für Satzungen geltenden Vorschriften öffentlich bekannt zu machen. Für das Verfahren zur Festsetzung von Wasserschutzgebieten gemäß § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes gilt § 16. Für Wasserschutzgebiete nach § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3 gilt § 16 entsprechend.

(2) Der Begünstigte von Festsetzungen nach § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes hat sämtliche für die Ausweisung des Wasserschutzgebietes erforderliche Unterlagen vorzulegen. Kommt der Begünstigte dieser Verpflichtung nicht nach, hat er die für die Erstellung der Unterlagen erforderlichen Kosten zu erstatten. Begünstigter ist derjenige, dessen Fassungsanlagen durch die Wasserschutzgebietsverordnung geschützt werden.

(3) Die Rechtsverordnung soll das Wasserschutzgebiet und seine Zonen zeichnerisch in Karten bestimmen. Wenn die Karten nicht im amtlichen Bekanntmachungsorgan bekannt gemacht werden, sind die betroffenen Gebiete im Text der Rechtsverordnung zu beschreiben. In diesem Fall haben die Wasserbehörde und die Gemeinden, deren Gebiet betroffen ist, beglaubigte Abschriften der Karten aufzubewahren und jedem kostenlos Einsicht zu gewähren. Hierauf und auf den Ort der Einsichtnahme ist im Text der Rechtsverordnung hinzuweisen.

(4) Die auf der Grundlage des Wassergesetzes vom 2. Juli 1982 (GBl. I Nr. 26 S. 467) für die öffentliche Trinkwasserversorgung festgelegten oder aufrechterhaltenen Trinkwasserschutzgebiete gelten als Rechtsverordnung in der Fassung der 3. Durchführungsverordnung zum Wassergesetz - Schutzgebiete und Vorbehaltsgebiete - vom 2. Juli 1982 (GBl. I Nr. 26 S. 487) bis zum Erlass neuer Rechtsverordnungen für dieselbe Wasserfassung fort. Neue Rechtsverordnungen sind von den nach Absatz 1 Zuständigen in angemessenem Zeitraum zu erlassen. Für Trinkwasserschutzgebiete nach Satz 1 gelten § 52 Absatz 1 Satz 2 und 3, Absätze 3 bis 5 des Wasserhaushaltsgesetzes und § 17 entsprechend. Die Aufhebung von nach Satz 1 übergeleiteten Trinkwasserschutzgebieten für Wasserfassungen, für die keine Neufestsetzung erfolgt, kann das für Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung vornehmen.“

4. § 16 wird wie folgt gefasst:

Verfahren zur Ausweisung von Wasserschutzgebieten gemäß § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes

(1) Vor Festsetzung eines Wasserschutzgebietes ist von der Wasserbehörde, in deren Zuständigkeitsbereich sich die Wasserfassung befindet (Anhörungsbehörde), ein Anhörungsverfahren durchzuführen. Hierzu werden die Karten und Schutzbestimmungen für die Dauer eines Monats bei der Anhörungsbehörde ausgelegt. Die Anhörungsbehörde kann vorsehen, dass die Auslegung zusätzlich in betroffenen Gemeinden oder Ämtern oder auf der Internetseite der Anhörungsbehörde erfolgt. Einwendungen gegen die Festsetzung und die Schutzbestimmungen können bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist bei der Anhörungsbehörde schriftlich oder zur Niederschrift erhoben werden. Die Auslegung ist mindestens eine Woche vorher ortsüblich mit dem Hinweis bekannt zu geben, dass innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Anhörungsbehörde Einwendungen gegen die Festsetzung des Schutzgebiets sowie Anregungen zu dem Entwurf vorgebracht werden können. Die Träger öffentlicher Belange sind durch die Anhörungsbehörde zu beteiligen.

(2) Nach Ablauf der Einwendungsfrist hat die Anhörungsbehörde die rechtzeitig erhobenen Einwendungen und die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange mit dem Begünstigten, den Trägern öffentlicher Belange, den Betroffenen sowie den Personen, die Einwendungen erhoben haben, zu erörtern. Der Erörterungstermin ist mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekanntzumachen. Die Träger öffentlicher Belange, der Begünstigte und diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, sind von dem Erörterungstermin zu benachrichtigen. Sind außer der Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange und des Begünstigten mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese Benachrichtigungen durch ortsübliche Bekanntmachung ersetzt werden.

(3) Wird der Entwurf der Rechtsverordnung während des laufenden Verfahrens räumlich oder sachlich erheblich erweitert, ist das Verfahren nach den Absätzen 1 und 2 bezüglich der Änderungen zu wiederholen.

(4) Eine Verletzung der in den Absätzen 1 bis 3 genannten Verfahrens- und Formvorschriften ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Angabe der verletzten Rechtsvorschrift und des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung gegenüber dem Verordnungsgeber geltend gemacht worden ist. Mängel im Abwägungsvorgang sind nur dann beachtlich, wenn sie offensichtlich und auf das Abwägungsergebnis von Einfluss gewesen sind und die Mängel in der Abwägung innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen geltend gemacht worden sind. In der Rechtsverordnung ist auf die Rechtsfolgen nach den Sätzen 1 und 2 hinzuweisen.

(5) Das Verfahren nach den Absätzen 1 und 2 ist nicht anwendbar, wenn der Verordnungsentwurf eine Änderung einer bestehenden Rechtsverordnung betrifft und weder der räumliche noch der sachliche Geltungsbereich wesentlich

erweitert werden oder eine Rechtsverordnung aufgehoben werden soll. Der Begünstigte ist vorher anzuhören.“

5. Nach § 16 wird folgender § 17 eingefügt:

„§ 17

**Besondere Vorschriften für Billigkeitsausgleichszahlungen
(zu § 52 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes)**

Zahlungen nach § 52 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes bemessen sich nach den durchschnittlichen Ertragseinbußen und Mehraufwendungen, gemessen an den Erträgen und Aufwendungen einer ordnungsgemäßen Nutzung. Ersparte Aufwendungen sind anzurechnen. Ein Anspruch besteht nicht, soweit der wirtschaftliche Nachteil anderweitig ausgeglichen ist. Soweit ein Mindestbetrag von 150 Euro nicht unterschritten wird, kann eine Ausgleichsforderung jeweils für das vorangegangene Kalenderjahr geltend gemacht werden. Der Ausgleich des Nachteils ist gegenüber dem Begünstigten bis zum 31. März des Folgejahres zu verlangen. Der Begünstigte hat über die Anerkennung der Forderung innerhalb von drei Monaten nach Antragseingang zu entscheiden, soweit zwischen den Parteien keine anderweitige einvernehmliche Regelung getroffen wird. Ist zwischen den Beteiligten streitig, ob und in welchem Umfang eine Ausgleichszahlung zu leisten ist, kann jeder der Beteiligten die zuständige Wasserbehörde als Schlichtungsstelle anrufen, die nach Anhörung der Beteiligten im Benehmen mit dem Landesamt für Landwirtschaft einen schriftlichen Vorschlag unterbreitet.“

6. Dem § 18 wird folgender Satz angefügt:

„Die §§ 16 und 17 gelten für Satz 1 Nummer 2 entsprechend.“

7. In § 21 Absatz 4 werden die Wörter „ohne dass dieser eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast zu Grunde liegt,“ gestrichen.

8. § 24 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. Ausnahmen gemäß § 31 Absatz 1 und § 47 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 31 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes,“.

- b) Absatz 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Überwachung kann mit der Durchführung der für die Zustandsbewertung und -überwachung der Wasserkörper erforderlichen Überwachungsprogramme verbunden werden.“

9. § 28 wird wie folgt gefasst:

**Inhalt von Erlaubnis und Bewilligung
(zu § 8 des Wasserhaushaltsgesetzes)**

In der Erlaubnis und Bewilligung sind insbesondere Ort, Art, Umfang und Zweck der Gewässerbenutzung sowie Art und Umfang der dem Gewässerbenutzer obliegenden Überwachungsmaßnahmen festzulegen. In der Erlaubnis oder Bewilligung können auch Anforderungen an den Rückbau der Benutzungsanlage und zur Wiederherstellung des früheren Zustandes nach Einstellung der Gewässerbenutzung geregelt werden. Die Gewässerbenutzung darf nicht die Erreichung der Bewirtschaftungsziele gefährden oder den Anforderungen eines Maßnahmenprogramms entgegenstehen. § 126 Absatz 6 ist zu beachten. Die Erlaubnis wird unbeschadet der Rechte Dritter erteilt.“

10. Nach § 29 wird folgender § 30 eingefügt:

**Anzeige des Übergangs der Erlaubnis oder der Bewilligung
(zu § 8 des Wasserhaushaltsgesetzes)**

Geht die Erlaubnis oder die Bewilligung für die Gewässerbenutzung mit den Benutzungsanlagen oder dem Grundstück auf einen Rechtsnachfolger nach § 8 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes über, hat dieser den Übergang der zuständigen Wasserbehörde innerhalb von drei Monaten anzuzeigen.“

11. § 36a wird aufgehoben.

12. § 37 wird wie folgt gefasst:

Außerbetriebsetzen und Beseitigen von Benutzungsanlagen

(1) Stauanlagen, und Schöpfwerke, soweit sie nicht unter § 78 Absatz 3 Satz 1 fallen, sowie Anlagen zum Aufstauen, Absenken, Ableiten, Entnehmen oder Umleiten von Grundwasser dürfen nur mit Genehmigung der Wasserbehörde dauerhaft außer Betrieb gesetzt oder beseitigt werden. Dies gilt nicht für Anlagen, die aufgrund eines bergrechtlichen Betriebsplans betrieben oder außer Betrieb gesetzt oder die aufgrund einer behördlichen Anordnung außer Betrieb gesetzt werden. Die Genehmigung ist durch den Benutzer zu beantragen. Benutzer ist der Anlageneigentümer oder Nutzungsberechtigte. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn Dritte durch das Außerbetriebsetzen oder Beseitigen der Anlage geschädigt werden würden und sie sich dem Benutzer und der Wasserbehörde gegenüber verpflichten, nach Wahl des Benutzers diesem die Kosten der Unterhaltung und des Betriebes der Anlage zu ersetzen oder statt seiner die Anlage zu erhalten und zu betreiben. Sie müssen sich auch verpflichten, dem Benutzer für die Erfüllung ihrer Verpflichtung Sicherheit zu leisten. Über die Höhe der hiernach zu erbringenden Leistungen entscheidet im Streitfall die zuständige Behörde. Die Wasserbehörde kann eine Frist bestimmen, binnen derer die in den Sätzen 5 und 6 bezeichneten

Verpflichtungen von Dritten übernommen werden müssen. Die Fristbestimmung ist in geeigneter Form bekannt zu machen. Nach Ablauf der Frist ist die Genehmigung zu erteilen.

(2) Die Wasserbehörde kann den Benutzer bei der Erteilung der Genehmigung auch zur ordnungsgemäßen Beseitigung der Anlage und zur Wiederherstellung des früheren Zustands oder zur Vorbeugung vor nachteiligen Folgen verpflichten, soweit es das Wohl der Allgemeinheit erfordert.

(3) Ist die Benutzung durch eine andere Behörde zugelassen worden, gilt Absatz 1 für diese Behörde entsprechend.“

13. Nach § 37 wird folgender § 38 eingefügt:

„§ 38

Koordinierung paralleler immissionsschutzrechtlicher Verfahren bei Abwassereinleitungen

Ist mit der Errichtung, dem Betrieb oder der wesentlichen Änderung einer Anlage nach Spalte c des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen eine Gewässerbenutzung nach § 9 Absatz 1 Nummer 4 oder Absatz 2 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes verbunden, ist die vollständige Koordinierung der Zulassungsverfahren mit der zuständigen Immissionsschutzbehörde entsprechend § 10 Absatz 5 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sicherzustellen. Die Entscheidung über die Gewässerbenutzung soll zusammen mit der Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz erfolgen. Sofern über die Gewässerbenutzung später als über die Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz entschieden wird, soll die Wasserbehörde erforderlichenfalls Vorschläge für in die Genehmigung aufzunehmende Nebenbestimmungen und Vorbehalte unterbreiten.“

14. Kapitel 5 Abschnitt 1a wird aufgehoben.

15. § 40 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 4 werden die Wörter „und ab dem 1. Januar 2007 0,10 Euro/ m³“ durch die Wörter „, ab dem 1. Januar 2007 0,10 Euro/ m³ und ab dem 1. Januar 2017 0,115 Euro/ m³“ ersetzt.

bb) Nach Satz 4 wird folgender Satz eingefügt:

„Abweichend davon beträgt ab dem 1. Januar 2017 die Höhe des Wassernutzungsentgelts für das Entnehmen oder Ableiten von Grundwasser zum Zweck der Trinkwasserversorgung 0,10 Euro/ m³.“

cc) Der neue Satz 6 wird wie folgt gefasst:

„Die Höhe des Wassernutzungsentgelts für das Entnehmen oder Ableiten von Oberflächenwasser beträgt seit dem 16. Juli 1994 für Kühl-

zwecke 0,01 DM/m³, seit dem 1. Januar 2007 0,005 Euro/m³ und ab dem 1. Januar 2017 0,0058 Euro/m³, sowie für Produktionszwecke 0,04 DM/m³, ab dem 1. Januar 2007 0,02 Euro/m³ und ab dem 1. Januar 2017 0,023 Euro/m³.“

dd) Nach dem neuen Satz 6 wird folgender Satz eingefügt:

„Für das Entnehmen oder Ableiten von Oberflächenwasser für die Bewässerung in der Landwirtschaft wird ab dem 1. Januar 2017 kein Entgelt erhoben.“

- b) In Absatz 5 werden nach den Wörtern „der Bewirtschaftungsziele,“ die Wörter „für den öffentlichen Hochwasserschutz,“ eingefügt und werden nach den Wörtern „Ausbau der Gewässer“ die Wörter „sowie zur Unterhaltung der Deiche“ gestrichen.

16. In § 43 Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „des Wasserhaushaltsgesetzes“ ein Komma und die Wörter „soweit eine erhebliche Beeinträchtigung des Gewässers und seiner Ufer nicht zu erwarten ist,“ eingefügt.

17. § 54 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Bei beabsichtigten Grundwasserentnahmen von über 1 000 Kubikmeter je Tag in einem Fassungsgebiet oder wenn eine Gefährdung der Bewirtschaftungsziele zu besorgen ist, hat der Antragsteller vor der Grundwasserentnahme einen Grundwasservorratsnachweis zu erbringen. Die Wasserbehörde kann von diesem Erfordernis absehen, soweit ihr die erforderlichen Daten vorliegen.“

- b) In Absatz 4 Satz 2 werden nach den Wörtern „auf denen es anfällt,“ die Wörter „unter den Voraussetzungen des Satzes 1 vom Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten oder Nutzer der Grundstücke nach § 9 des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes“ eingefügt.

18. § 65 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Der vom Abwasserbeseitigungspflichtigen im Abwasserbeseitigungskonzept vorgesehene Zeitpunkt zum Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage ist von der für die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für eine Einleitung von Abwasser zuständigen Wasserbehörde durch Nebenbestimmungen gemäß § 36 Absatz 2 Nummer 1 oder Nummer 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes zu berücksichtigen.“

- b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

19. § 66 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 4 bis 8 wird aufgehoben.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Anstelle der Gemeinden sind zur Beseitigung von Niederschlagswasser verpflichtet:

1. die Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten oder Nutzer der Grundstücke nach § 9 des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes,
 - a) soweit die Satzung der Gemeinde oder des Zweckverbandes nach § 54 Absatz 4 dies vorsieht, oder
 - b) soweit eine erlaubnisfreie Benutzung oberirdischer Gewässer nach § 43 Absatz 1 Satz 2 oder des Grundwassers auf der Grundlage einer Verordnung nach § 46 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes erfolgt,
2. die Träger von öffentlichen Verkehrsanlagen, soweit das Niederschlagswasser außerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile anfällt.“

20. Nach § 66 wird folgender § 67 eingefügt:

„§ 67

Abwasserbeseitigungskonzept

(1) Die Gemeinde oder der Zweckverband legt der Wasserbehörde für das gesamte gemeindliche Gebiet eine Übersicht über den Stand der öffentlichen Abwasserbeseitigung sowie über die zeitliche Abfolge der nach § 66 Absatz 1 Satz 3 erforderlichen Maßnahmen vor (Abwasserbeseitigungskonzept), wie auch die Ergebnisse der nach dem Brandenburgisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlichen Prüfungen. Die Gemeinde und der Zweckverband können ein gemeinsames Abwasserbeseitigungskonzept erstellen, soweit für dasselbe Entsorgungsgebiet Abwasserbeseitigungspflichten bestehen.

(2) Das Abwasserbeseitigungskonzept soll Kriterien der Nachhaltigkeit und die zu erwartende demografische Entwicklung berücksichtigen. Das für die Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung bestimmt durch Verwaltungsvorschrift, welche Angaben in das Abwasserbeseitigungskonzept aufzunehmen sind und in welcher Form sie dargestellt werden.

(3) Entspricht das Abwasserbeseitigungskonzept nicht den Anforderungen des Absatzes 1 oder des Absatzes 2 kann es die Wasserbehörde innerhalb von vier Monaten beanstanden. Das beanstandete Abwasserbeseitigungskonzept ist zu überarbeiten und, soweit keine andere Frist gesetzt wurde, innerhalb von sechs Monaten erneut vorzulegen. Das Abwasserbeseitigungskonzept ist jeweils im Abstand von fünf Jahren ab dem Datum der letzten beanstandungsfreien Vorlage nach Absatz 1 oder bei wesentlichen Änderungen zu aktualisieren. Die Aktualisierung kann auf die Teile des Abwasserbeseitigungskonzepts beschränkt werden, die von einer Änderung betroffen sind.

(4) Die Wasserbehörde kann zur Durchführung einzelner nach § 66 Absatz 1 erforderlicher Maßnahmen angemessene Fristen setzen, wenn solche Maßnahmen im Abwasserbeseitigungskonzept nicht oder erst nach Ablauf unangemessen langer Zeiträume vorgesehen sind oder wenn die zur Abwasserbeseitigung verpflichtete Körperschaft ohne zwingenden Grund die Durchführung von im Abwasserbeseitigungskonzept vorgesehenen Maßnahmen verzögert.“

21. § 73 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Durch Rechtsverordnung gemäß § 61 Absatz 1 und 3 des Wasserhaushaltsgesetzes und gemäß § 2 kann geregelt werden, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang die Überwachung abweichend von Satz 1 durch fachkundiges Personal erfolgen kann.“

b) In Absatz 2 werden nach den Wörtern „vom Abwassereinleiter“ die Wörter „für die Dauer von zwei festgelegten Überwachungsintervallen,“ und wird nach dem Wort „mindestens“ das Wort „aber“ eingefügt.

22. Dem § 74 wird folgender Satz angefügt:

„§ 73 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.“

23. In § 75 Satz 5 werden nach den Wörtern „Aufzeichnungen sind“ die Wörter „für die Dauer von zwei festgelegten Überwachungsintervallen,“ und wird nach dem Wort „mindestens“ das Wort „aber“ eingefügt.

24. Die Überschrift zu Kapitel 7 wird wie folgt gefasst:

„Kapitel 7

Gewässerrandstreifen, Gewässerunterhaltung, Anlagen“.

25. Die Überschrift zu Kapitel 7, Abschnitt 1 wird wie folgt gefasst:

„Abschnitt 1

Gewässerrandstreifen“.

26. § 77 wird wie folgt gefasst:

„§ 77

Gewässerrandstreifen (zu § 38 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die oberste Wasserbehörde setzt für Gewässer oder Gewässerabschnitte innerhalb von Wasserkörpern, die den guten Zustand im Sinne des § 27 des

Wasserhaushaltsgesetzes nicht erreichen, Gewässerrandstreifen durch Rechtsverordnung fest, soweit dies für die in § 38 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes genannten Zwecke erforderlich ist. Die Erforderlichkeit ist insbesondere dann gegeben, wenn das Nichterreichen des guten Zustands wesentlich mitverursacht ist durch Stoffeinträge aus diffusen Quellen. Bei der Beurteilung des Gewässerzustands und der Erforderlichkeit ist der für verbindlich erklärte Bewirtschaftungsplan zugrunde zu legen. In einer Rechtsverordnung nach Satz 1 kann auch die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln im Gewässerrandstreifen verboten werden.

(2) Soweit die Zwecke des Gewässerrandstreifens im Wege der Kooperation mit Grundstückseigentümern oder Nutzern aufgrund verbindlich vereinbarter Maßnahmen erreicht werden, haben diese Vorrang und es entfällt insoweit die Verpflichtung zur Festsetzung eines Gewässerrandstreifens nach Absatz 1. Zuständig ist die oberste Wasserbehörde.“

27. § 78 wird wie folgt gefasst:

„§ 78

Umfang der Gewässerunterhaltung (zu § 39 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Die Gewässerunterhaltung ist nach Maßgabe der von der obersten Wasserbehörde eingeführten Richtlinie und unter Beachtung der Ergebnisse der Gewässerschauen durchzuführen.

(2) Die nach § 79 Absatz 1 für die Durchführung der Gewässerunterhaltung Zuständigen erstellen einen ein - oder mehrjährigen Plan zur Unterhaltung der Gewässer (Gewässerunterhaltungsplan). Der Gewässerunterhaltungsplan muss mindestens die Benennung und Beschreibung der geplanten Maßnahmen und die Art und Weise ihrer Ausführung enthalten. Der Gewässerunterhaltungsplan ist mit den örtlich zuständigen Wasser-, Naturschutz-, Landwirtschafts-, Fischerei- und Forstbehörden abzustimmen.

(3) Die Gewässerunterhaltung umfasst auch die Unterhaltung und den Betrieb von Schöpfwerken, die der Abführung des Wassers dienen, und von Stauanlagen, die der Erhaltung des Gewässers in einem Zustand, der hinsichtlich der Rückhaltung von Wasser den wasserwirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht, dienen. Der Betrieb bedarf abweichend von § 9 Absatz 3 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes der wasserrechtlichen Erlaubnis. In der Erlaubnis ist auch zu bestimmen, welche Anforderungen zur Erfüllung der Verpflichtung nach Satz 1 einzuhalten sind.“

28. § 79 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Durchführung der Unterhaltung an den Gewässern I. Ordnung im Sinne von Satz 1 Nummer 1 obliegt den Gewässerunterhaltungsverbänden nach Vorgaben des Wasserwirtschaftsamtes, die notwendigen Kosten für diese Maßnahmen trägt das Land.“

- b) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Beitragsveranlagung“ durch die Wörter „Beitragsberechnung und -erhebung“ ersetzt.
- c) Folgende Absätze 3 und 4 werden angefügt:

„(3) Wird ein Schöpfwerk oder eine Stauanlage im Sinne des § 78 Absatz 3 Satz 1 von einem Dritten betrieben, obliegen abweichend von Absatz 1 Satz 1 diesem die Unterhaltung und der Betrieb der Anlage als öffentlich-rechtliche Verpflichtung.

(4) Die Wasserbehörde kann die öffentlich-rechtliche Verpflichtung zur Unterhaltung und zum Betrieb eines Schöpfwerkes oder einer Stauanlage im Sinne des § 78 Absatz 3 Satz 1 auf Antrag oder von Amts wegen übertragen

1. mit Zustimmung des Nutzungsberechtigten auf den Gewässerunterhaltungspflichtigen nach Absatz 1, sofern die Anlage bisher von einem Dritten betrieben wurde, oder
2. auf einen Dritten, wenn dieser mit der Übertragung einverstanden ist und die ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtung sowie deren Finanzierung gesichert ist.“

29. § 80 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Aus 80 Prozent der verbleibenden Kosten der Unterhaltung nach Abzug der Erschwernisumlagen ist nach dem Maßstab des Satzes 1 ein Grundbeitrag zu ermitteln. Für Waldflächen nach dem Waldverzeichnis wird nur dieser Grundbeitrag erhoben. Auf alle übrigen Flächen sind die verbleibenden Kosten nach dem Maßstab des Satzes 1 zu verteilen und auf den Grundbeitrag aufzuschlagen.“

- b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Maßgeblich sind die Waldflächen nach dem Waldverzeichnis am 1. Juni des Vorjahres für das Folgejahr. Die unteren Forstbehörden erstellen und übermitteln den Gewässerunterhaltungsverbänden die für das Verbandsgebiet maßgeblichen Auszüge auf Antrag.“

- c) Nach dem neuen Absatz 1a wird folgender Absatz 1b eingefügt:

„(1b) Die Kosten für die Unterhaltung und den Betrieb von Schöpfwerken und Stauanlagen im Sinne des § 78 Absatz 3 Satz 1 durch die Gewässerunterhaltungsverbände sind unselbstständiger Bestandteil der Gewässerunterhaltungskosten. Die Gewässerunterhaltungsverbände treffen durch Satzung oder Vereinbarung abweichende Regelungen, soweit dies zur Vermeidung unverhältnismäßiger Belastungen erforderlich ist.“

- d) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Gemeinden können, soweit sie sich nicht für eine andere Art der Finanzierung entscheiden, die festgesetzten Verbandsbeiträge und die festgesetzten Vorausleistungen für Grundstücke, die nicht im Eigentum der Gemeinde stehen, umlegen (Umlage) sowie die bei der Umlage entstehenden Verwaltungskosten festsetzen.“

bb) Satz 3 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 2 werden nach den Wörtern „in Quadratmetern“ die Wörter „und nach Gebietstyp (Wald, Nicht-Wald)“ eingefügt.

bbb) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

„3. Werden die Kosten für Unterhaltung und Betrieb von Anlagen nach Absatz 1b Satz 2 gesondert umgelegt, gilt der Umlagemaßstab des Verbandes auch für die Umlage der Gemeinde.“

ccc) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4 und in Satz 1 werden nach den Wörtern „des Beitragsbescheides“ die Wörter „oder des Vorausleistungsbescheides“ eingefügt.

ddd) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5.

cc) In Satz 4 werden die Wörter „§ 21 Absatz 2 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes“ durch die Wörter „§ 22 Absatz 1 Satz 3 des Bundesnaturschutzgesetzes“ ersetzt.

30. Die §§ 81 und 82 werden wie folgt gefasst:

„§ 81

Kostenbeteiligung des Landes

Das Land kann sich an den Aufwendungen für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung einschließlich der Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der Schöpfwerke und Stauanlagen im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel aus dem Aufkommen des Wassernutzungsentgeltes und der Abwasserabgabe unter Beachtung der Zweckbindungen beteiligen, soweit hieran ein besonderes öffentliches Interesse besteht.

§ 82

Unterhaltungspflicht bei Anlagen an, in, über und unter den Gewässern

Anlagen nach § 36 des Wasserhaushaltsgesetzes sind von ihren Eigentümern oder Besitzern zu unterhalten und zu betreiben. Anlagen, die als Bestandteil des Gewässers dessen Ausbauzustand bestimmen und sichern, sind abweichend davon von dem Unterhaltungspflichtigen des Gewässers gemäß § 79 Absatz 1 zu unterhalten.“

31. § 84 wird wie folgt geändert.

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 84

**Besondere Pflichten im Interesse der Gewässerunterhaltung
(zu § 41 des Wasserhaushaltsgesetzes)“.**

- b) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
c) Absatz 2 wird aufgehoben.

32. § 85 wird wie folgt gefasst:

„§ 85

Ersatz von Mehrkosten

(1) Erhöhen sich die Kosten der Unterhaltung durch besondere, die Unterhaltung erschwerende Umstände (Erschwerung), so hat der Verursacher oder der Eigentümer des Grundstücks oder der Anlage dem Gewässerunterhaltungspflichtigen die Mehrkosten zu ersetzen. Erschwerungen sind insbesondere

1. Einleitungen in Gewässer und Einträge von Stoffen durch Gewässerbenutzungen, die zusätzliche Kontrollen, zusätzliches Krauten und Mähen oder die Entnahme von eingespültem Material erfordern,
2. Anlagen in, an, unter oder über Gewässern, insbesondere Querbauwerke, Durchlässe und Verrohrungen, Zäune, Stege und Gebäude, die den Unterhaltungsaufwand erhöhen,
3. Nutzungen im Uferbereich, die den Unterhaltungsaufwand erhöhen,
4. Grundstücke, die in ihrem Bestand besonders gesichert werden müssen.

Der Unterhaltungspflichtige kann statt der tatsächlichen Mehrkosten jährliche Leistungen entsprechend den durchschnittlichen Mehrkosten, die durch Erschwernisse gleicher Art verursacht werden, verlangen. Eine annähernde Ermittlung der Mehrkosten genügt. Von einer Erhebung kann nur dann abgesehen werden, wenn der Aufwand für die Ermittlung oder die Erhebung der Mehrkosten außer Verhältnis zu den geltend gemachten Mehrkosten steht. Soweit Arbeiten erforderlich sind, um Schäden an Grundstückssicherungen zu beseitigen oder möglichen Schäden vorzubeugen, die durch die Schifffahrt oder in der Folge von Ausbaumaßnahmen entstanden sind, kann vom Eigentümer des Grundstücks oder der Anlage kein Ersatz der Mehrkosten verlangt werden.

(2) Die Erhebung der Mehrkosten erfolgt durch Leistungsbescheid. Hiergegen erhobene Rechtsbehelfe haben keine aufschiebende Wirkung.“

33. Dem § 86 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Wasserbehörde kann auf Antrag oder von Amts wegen das Außerbetriebsetzen von Schöpfwerken und Stauanlagen im Sinne des § 78 Absatz 3 Satz 1 anordnen, wenn ein Weiterbetrieb zur Abführung des Wassers oder zu einer den wasserwirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Rückhaltung von Wasser nicht mehr erforderlich ist. In der Anordnung kann die Wasserbehörde aus Gründen des Allgemeinwohls den Benutzer verpflichten, die Anlagen zu beseitigen und den früheren Zustand wiederherzustellen oder nachteiligen Folgen vorzubeugen.“

34. § 87 Absatz 2 bis 4 wird wie folgt gefasst:

„(2) Dem Antrag auf Erteilung einer Genehmigung sind die zur Beurteilung der Anlage erforderlichen Unterlagen beizufügen. Sind die Unterlagen zur Beurteilung der Anlage vollständig, holt die Wasserbehörde unverzüglich die Stellungnahmen der Behörden und Stellen ein, deren Aufgabenbereiche durch das Vorhaben berührt werden. Die beteiligten Behörden bereiten die konzentrierte Entscheidung vor. Gewässerflächen dürfen nur in Anspruch genommen werden, soweit dies unbedingt erforderlich ist.

(3) Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Anlage nicht den Anforderungen des § 36 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes entspricht oder das Wohl der Allgemeinheit beeinträchtigt wird. Die Genehmigung schließt alle weiteren für das Vorhaben nach Landesrecht und nach dem Bundesnaturschutzgesetz erforderlichen öffentlich-rechtlichen Zulassungen ein. Die beteiligten Behörden bereiten die konzentrierte Entscheidung vor.

(4) Die Genehmigung ist widerruflich zu erteilen. § 13 Absätze 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes finden entsprechende Anwendung. Die Genehmigung wird dem Nutzungsberechtigten der Anlage erteilt. Die Wasserbehörde ist über einen Wechsel des Nutzungsberechtigten unverzüglich zu unterrichten.“

35. Dem § 89 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die Ausbaulast ist eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung; sie begründet keinen Rechtsanspruch Dritter gegen den Träger der Ausbaulast.“

36. In § 96 Absatz 1 werden die Wörter „die dem Hochwasserschutz dienen“ durch die Wörter „die dem Schutz gegen Hochwasser von oberirdischen Gewässern dienen“ ersetzt.

37. § 97 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „vorübergehend benutzen“ durch die Wörter „Unterhaltungsmaßnahmen durchführen“ ersetzt.

b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Die Durchführung der Unterhaltung von Hochwasserschutzanlagen, die dem Schutz der Allgemeinheit dienen, obliegt den Gewässerunterhaltungsverbänden nach Vorgabe durch das Wasserwirtschaftsamt. Die notwendigen Kosten für diese Maßnahmen trägt das Land. Das Wasserwirtschaftsamt führt ein Verzeichnis dieser Anlagen. Andere Hochwasser-

schutzanlagen werden von demjenigen unterhalten, der sie errichtet hat oder der zum Betrieb berechtigt ist.“

38. § 98 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 werden nach den Wörtern „das motorangetriebene Fahren“ ein Komma und die Wörter „mit Ausnahme von Fahrrädern mit elektrischer Fahrhilfe“ eingefügt.
- b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Die Verbote nach Absatz 1 gelten nicht für Maßnahmen, die der Unterhaltung oder Verteidigung von Hochwasserschutzanlagen dienen.“

39. § 99 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „§§ 74, 75“ durch die Angabe „§§ 73, 74 und 75“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird das Wort „ausgespiegeln“ gestrichen.
- b) In Absatz 2 wird das Wort „Fachbehörden“ durch das Wort „Behörden“ ersetzt.
- c) Absatz 4 wird aufgehoben.

40. § 100 wird wie folgt gefasst:

„§ 100

Festsetzung von Überschwemmungsgebieten (zu § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(1) Als festgesetzte Überschwemmungsgebiete gelten Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern und Deichen oder Hochufern (Vorländer). Gebiete an den nach Absatz 2 Satz 1 bestimmten Gewässern und Gewässerabschnitten, die bei einem hundertjährigen Hochwasserereignis überschwemmt oder durchflossen werden, gelten mit öffentlicher Bekanntmachung der Verbindlichkeit der Karten nach Absatz 3 als festgesetzte Überschwemmungsgebiete.

(2) Das für die Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Gewässer und Gewässerabschnitte zu bestimmen, an denen Überschwemmungsgebiete auszuweisen sind. Überschwemmungsgebiete sind abweichend von § 76 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes auszuweisen

- 1. innerhalb der Risikogebiete gemäß § 73 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 99 Absatz 1 oder
- 2. innerhalb der in den Gefahren- und Risikokarten nach § 74 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes dargestell-

ten Gebiete, soweit für die Erstellung dieser Karten ein Beschluss gemäß § 73 Absatz 5 Satz 2 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes gefasst wurde, für die Gebiete an den nach Satz 1 bestimmten Gewässern und Gewässerabschnitten, die bei einem hundertjährigen Hochwasserereignis überschwemmt oder durchflossen werden.

(3) Karten zu den als festgesetzt geltenden Überschwemmungsgebieten nach Absatz 1 Satz 2 werden durch das für Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung im Amtsblatt für Brandenburg für verbindlich erklärt. In der Bekanntmachung werden die Behörden bezeichnet, bei denen beglaubigte Abschriften der Karten niedergelegt sind. Vor der Bekanntmachung sind Entwürfe der Karten während der Dauer eines Monats bei den örtlich zuständigen Wasserbehörden und den betroffenen Ämtern und amtsfreien Gemeinden auszulegen. Das für Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung weist durch öffentliche Bekanntmachung auf die Auslegung und darauf hin, dass bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich bei der obersten Wasserbehörde zu den Entwürfen Stellung genommen werden kann.

(4) Für die Rechtsverordnung nach Absatz 2 und die Karten nach Absatz 3 gilt § 76 Absatz 2 Satz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes entsprechend. Über die Aufhebung von Festsetzungen von Überschwemmungsgebieten nach Absatz 1 Satz 2 informiert das für Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung durch öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg.

(5) Das für die Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zur Hochwasserentlastung und Rückhaltung beanspruchten Gebiete als Überschwemmungsgebiete festzusetzen.

(6) Soweit Überschwemmungsgebiete nach Absatz 1 oder Absatz 5 festgesetzt sind, treten die nach § 150 fortgeltenden Festlegungen von Hochwassergebieten außer Kraft.

(7) Auf Gebiete nach Absatz 1 Satz 2 und Absatz 5 findet § 76 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes Anwendung.“

41. § 103 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Gewässeraufsicht nach § 100 des Wasserhaushaltsgesetzes obliegt den Wasserbehörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach § 126 Absatz 1, soweit nicht im Einzelnen etwas anderes bestimmt ist. Das gilt auch für die Anordnung und Durchsetzung von Maßnahmen gegenüber einem Gewässerunterhaltungsverband.“

42. Nach § 106 Absatz 2 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Wasserbehörde kann geringfügige Abweichungen von der zugelassenen Ausführung ohne Änderung der wasserrechtlichen Zulassung genehmigen.“

43. § 126 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Wörter „im Einzelfall nach deren Bedarf“ gestrichen.

bb) Satz 3 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 3 werden nach den Wörtern „der Hochwasserschutzanlagen“ die Wörter „im Sinne von § 97 Absatz 3 Satz 1 und 2“ eingefügt.

bbb) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. die Unterhaltung der Gewässer I. Ordnung gemäß § 79 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 sowie Errichtung, Unterhaltung und Bedienung der wasserwirtschaftlichen Anlagen, soweit sie der Gewässerunterhaltungspflicht des Landes unterfallen oder vom Land als Eigentümer zu unterhalten sind und die jeweilige Anlage zur Erfüllung der wasserwirtschaftlichen Aufgaben erforderlich ist,“

ccc) In Nummer 8 werden die Wörter „von Entwürfen für die von der obersten Wasserbehörde zu erstellenden Risikomanagementpläne nach § 75 Absatz 1“ durch die Wörter „die Aufstellung, Koordinierung, Überprüfung und Aktualisierung, einschließlich der Beteiligung und Information, von Risikomanagementplänen nach § 75 Absatz 1, 6 Satz 3 und 4, § 79 Absatz 1 Satz 2 und § 80 Absatz 2“ ersetzt.

ddd) In Nummer 9 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

eee) Folgende Nummer 10 wird angefügt:

„10. die Aufgaben einer Baudienststelle des Landes im Sinne der bauordnungsrechtlichen Vorschriften bei wasserbaulichen Vorhaben.“

b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Das Landesamt für Umwelt ist zuständig für Entscheidungen nach § 79 Absatz 1 Satz 3, § 80 Absatz 2 Satz 4 sowie nach den §§ 81 und 101 Satz 4.“

c) Folgender Absatz 6 wird angefügt:

„(6) Über die Inanspruchnahme von Ausnahmen gemäß § 31 Absatz 2 und § 47 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 31 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes entscheidet die gemäß Absatz 1 zuständige Behörde im Rahmen des wasserrechtlichen Zulassungsverfahrens. Diese Entscheidung ist Bestandteil der wasserrechtlichen Zulassung. Sie ergeht im Benehmen mit der gemäß § 24 Absatz 1 Satz 4 zuständigen Wasserbehörde.“

44. § 130 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden nach den Wörtern „den Gemeinden“ die Wörter „oder Ämtern“ eingefügt.
 - b) In Satz 3 werden die Wörter „für das Land Brandenburg“ gestrichen.
45. § 145 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Buchstabe d wird das Wort „Abwasserbehandlungsanlagen“ durch das Wort „Abwasseranlagen“ ersetzt.
 - bb) In Buchstabe e werden nach dem Wort „Indirekteinleitungen“ die Wörter „entgegen § 75 Abwasseranlagen“ eingefügt.
 - cc) Folgender Buchstabe g wird angefügt:
 - „g) entgegen den §§ 73 bis 75 den Überwachungs- und Dokumentationspflichten nicht nachkommt;“.
 - b) Nummer 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Buchstabe a wird folgender Buchstabe b eingefügt:
 - „b) nach § 2 Absatz 1;“.
 - bb) In Buchstabe e werden die Wörter „Gewässerschutzstreifen gemäß § 84 Absatz 2“ durch die Wörter „Gewässerrandstreifen gemäß § 77 Absatz 1“ ersetzt.
 - c) In Nummer 7 werden nach der Angabe „§ 55 Absatz 3“ ein Komma und die Wörter „nach § 30“ eingefügt.
46. In § 149 wird die Angabe „§ 37 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 37 Absatz 2“ ersetzt.
47. § 150 wird wie folgt gefasst:

„§ 150

Hochwassergebiete, Überschwemmungsgebiete

- (1) Die nach bisherigen Rechtsvorschriften ergangenen Festlegungen von Hochwassergebieten bleiben als Rechtsverordnung bestehen. Das für Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung diese Festlegungen aufzuheben, soweit sie nicht gemäß § 100 Absatz 6 außer Kraft getreten sind.
- (2) Überschwemmungsgebiete, die vor dem [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] gemäß § 100 in Verbindung mit der Verordnung zur Bestimmung hochwassergeneigter Gewässer festgesetzt wurden, gelten als festgesetzte Überschwemmungsgebiete im Sinne von § 100.“

Artikel 2**Änderung des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden**

Das Gesetz über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden vom 13. März 1995 (GVBl. I S.14), das zuletzt durch das Gesetz vom 5. Dezember 2013 (GVBl. I Nr. 39) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2a wird wie folgt gefasst:

„§ 2a**Berufung von Eigentümern in die Verbandsversammlung oder den Verbandsausschuss**

Die Gewässerunterhaltungsverbände haben Eigentümer der zum Verbandsgebiet gehörenden Grundstücke in die Verbandsversammlung oder in den Verbandsausschuss zu berufen. Die Berufung erfolgt durch Beschluss der ordentlichen Verbandsmitglieder oder Ausschussmitglieder nach einer von Landesbauernverband, Bauernbund, Waldbesitzer-, Waldbauern-, Landesfischerei- und Grundbesitzerverband zuvor eingeholten gemeinsamen Vorschlagsliste. Einigen sich die Interessenverbände nicht innerhalb einer angemessenen Frist auf eine gemeinsame Vorschlagsliste, können die Mitglieder des Gewässerunterhaltungsverbandes sowie Grundstückseigentümer Kandidaten vorschlagen. Das nähere Verfahren, die Zahl der Berufenen und deren Stimmenanteil, der mindestens 45 Prozent der satzungsmäßigen Stimmen betragen muss, regelt die Satzung. Die Stimmausübung ist dahin gehend zu begrenzen, dass die anwesenden Berufenen zusammen weniger Stimmen auf sich vereinigen als die übrigen in den jeweiligen Verbandsversammlungen oder dem Verbandsausschuss anwesenden Stimmberechtigten. Ist ein Berufener an der Teilnahme an der Sitzung des Verbandsausschusses oder der Verbandsversammlung verhindert, wird er durch einen Stellvertreter in der Sitzung vertreten. Der Stellvertreter ist in der gemeinsamen Vorschlagsliste sowie bei einem Vorschlag nach Satz 2 zu benennen. Die Berufenen haben die gleichen Informations- und Einsichtsrechte wie die sonstigen Vertreter der Verbandsmitglieder.“

2. Dem § 4 wird folgender Satz angefügt:

„Für den Stimmenanteil der Berufenen in der Verbandsversammlung oder in dem Verbandsausschuss und die Stimmausübung gilt § 2a.“

3. § 6 wird wie folgt gefasst:

„§ 6**Haushaltswirtschaft, Rechnungswesen, Jahresabschluss**

(1) Die Haushaltswirtschaft, das Rechnungswesen und der Jahresabschluss sind nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung zu führen. Es gelten

die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (§§ 238 bis 263) entsprechend. Das für Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung kann durch Rechtsverordnung das Nähere regeln.

(2) Im Wirtschaftsplan und im Jahresabschluss müssen die nachfolgenden Aufgaben getrennt geplant und dargestellt werden:

1. Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung (§ 79 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Brandenburgischen Wassergesetzes)
2. Unterhaltung der Gewässer I. Ordnung (§ 79 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Brandenburgischen Wassergesetzes)
3. durch Gesetz oder Rechtsverordnung übertragene Aufgaben (§ 79 Absatz 1 Satz 3, § 97 Absatz 3 Satz 1, § 126 Absatz 3 Satz 3 und 4 des Brandenburgischen Wassergesetzes)
4. freiwillige Aufgaben.

(3) Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgt durch einen unabhängigen Prüfer auf Kosten des Verbandes. Prüfer kann ein Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sein. Die Bestellung des Prüfers erfolgt durch die Verbandsversammlung oder den Verbandsausschuss, soweit die Satzung kein anderes Verbandsorgan bestimmt. Eine erneute Bestellung desselben Prüfers ist zulässig, ist aber auf drei Haushaltsjahre hintereinander begrenzt. Die Prüfung schließt die Haushalts- und Rechnungsführung, die Rechtmäßigkeit der Beitrags- und Mehrkostenermittlung und die Rechtmäßigkeit der Beitragserhebung und Mehrkostenrechnungslegung ein. Näheres kann durch die Rechtsverordnung nach Absatz 1 Satz 3 geregelt werden.

(4) Die Verbände haben zur Sicherung des Haushaltes angemessene Rücklagen zu bilden. Näheres kann durch die Rechtsverordnung nach Absatz 1 Satz 3 geregelt werden.“

4. In § 6a werden nach den Wörtern „im Wasserverbandsgesetz“ die Wörter „und in diesem Gesetz“ eingefügt.

Artikel 3

Änderung des Brandenburgischen Abwasserabgabengesetzes

Das Brandenburgische Abwasserabgabengesetz vom 8. Februar 1996 (GVBl. I S. 14), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 9 des Gesetzes vom 25. Januar 2016 (GVBl. I Nr. 5 S. 5) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In den Absätzen 2 und 3 wird jeweils das Wort „soweit“ durch das Wort „wenn“ ersetzt.
 - b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Abgabefreiheit tritt nur ein, wenn die wasserrechtliche Erlaubnis für die Einleitung vorliegt und die Anforderungen der wasserrechtlichen Erlaubnis eingehalten werden. Die Art und Weise der durchzuführenden Berechnungen kann die oberste Wasserbehörde bestimmen.“

2. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 2 werden nach den Wörtern „Frist kann“ die Wörter „auf Antrag“ eingefügt.
- b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Erkennt der Abgabepflichtige vor Ablauf der Festsetzungsfrist, dass eine von ihm abgegebene Erklärung unrichtig oder unvollständig ist und dass es dadurch zur Verkürzung der Abgabe kommen kann oder bereits gekommen ist, so ist er verpflichtet, dies unverzüglich anzuzeigen und die erforderliche Richtigstellung vorzunehmen.“

3. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden vor den Wörtern „Verrechnung der“ die Wörter „Entscheidung über die“ eingefügt.
- b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die Verrechnung kann bis zum Ablauf von zwei Jahren nach Inbetriebnahme der Anlage erklärt werden.“

4. § 11 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Festsetzungsfrist beträgt zwei Jahre; sie beginnt mit Ablauf des Veranlagungszeitraumes, im Falle der Abgabeerklärung mit dem Ablauf der Erklärungsfrist. Die Festsetzungsfrist beträgt bei unverändertem Beginn zehn Jahre, soweit eine Abgabe hinterzogen oder leichtfertig verkürzt wird oder eine Abgabeerklärung bis zum Ablauf der Erklärungsfrist nicht oder nicht hinreichend vollständig abgegeben worden ist. Abweichend von den Sätzen 1 und 2 endet die Festsetzungsfrist im Fall von § 8 Absatz 5 nicht vor Ablauf eines Jahres nach Eingang der Anzeige.“

5. § 12 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Abgabe wird drei Monate nach Zustellung des Festsetzungsbescheides fällig, soweit im Festsetzungsbescheid eine anderweitige Regelung nicht getroffen ist. Die Fälligkeit tritt nicht ein, soweit über einen vor Zustellung des Festsetzungsbescheides gestellten, den Anforderungen des § 9 Absatz 2 Satz 2 entsprechenden Antrag auf Verrechnung noch nicht entschieden ist. Nimmt der Abwasserabgabepflichtige die Abwasserbehandlungsanlage oder die Anlage nach § 10 Absatz 4 des Abwasserabgabengesetzes nicht spätestens bis zum Ablauf des Kalenderjahres in Betrieb, das dem Jahr der vorgesehenen Inbetriebnahme folgt, wird die Abgabe sofort fällig.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Wird die Abgabe nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, sind Zinsen in Höhe von 6 Prozent für das Jahr vom Fälligkeitstag an zu erheben.“

c) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) § 237 der Abgabenordnung gilt entsprechend.“

Artikel 4

Änderung der Gebührenordnung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Die Gebührenordnung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 22. November 2011 (GVBl. II Nr. 77), die zuletzt durch die Verordnung vom 27. Juni 2014 (GVBl. II Nr. 40) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 5 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Zur Zahlung von Gebühren für Amtshandlungen der Wasserbehörden nach den Tarifstellen der Anlage 2 bleiben die Gewässerunterhaltungsverbände verpflichtet.“

2. Die Anlage 2 der Anlage wird wie folgt geändert:

a) Den Tarifstellen 5.1.1, 5.1.2, 5.1.3, 5.1.4, 5.1.5.2, 5.1.5.3, 5.1.5.4, 5.1.21 und 5.1.33 wird jeweils folgende Zeile angefügt:

„	Im Falle der Ausnahmeprüfung nach § 31 Absatz 2 und § 47 Absatz 3 in Verbindung mit § 31 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes	bis 20 Prozent der Zulassungsgebühr“.
---	---	---------------------------------------

b) Die Tarifstelle 5.1.12 wird wie folgt gefasst:

„5.1.12	Feststellung oder Übertragung der Unterhaltungspflicht	30 bis 600“.
---------	--	--------------

c) Die Tarifstelle 5.1.17 wird wie folgt gefasst:

„5.1.17	Außerbetriebsetzen und Beseitigen von Benutzungsanlagen	
	a) Genehmigung des Außerbetriebsetzens nach § 37 Absatz 1	bis 50 Prozent der Gebühr für die Zulassung

	BbgWG oder Anordnung nach § 86 Absatz 3 BbgWG	der Benutzung
	b) Entscheidung über Höhe der zu erbringenden Leistungen	100 bis 300“.

d) Der Tarifstelle 5.1.21 wird folgender Tarif angefügt:

„	d) Entgegennahme und Prüfung der Anzeige nach § 30 BbgWG	30 bis 100“.
---	--	--------------

Artikel 5

Änderung der Wasserbehördenzuständigkeitsverordnung

§ 1 der Wasserbehördenzuständigkeitsverordnung vom 29. Oktober 2008 (GVBl. II S. 413), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 19. Juni 2012 (GVBl. II Nr. 48 S. 3) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. Feststellungen und Beschlüsse gemäß § 73 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes, Koordinierung der Risikomanagementpläne gemäß § 75 Absatz 5 des Wasserhaushaltsgesetzes“.

2. In Nummer 9 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

3. Folgende Nummer 10 wird angefügt:

„10. die vorläufige Sicherung noch nicht festgesetzter Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes.“

Artikel 6

Bekanntmachungserlaubnis

Das für die Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung kann den Wortlaut des Brandenburgischen Wassergesetzes und des Gesetzes über die Bildung der Gewässerunterhaltungsverbände in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil 1 bekannt machen.

Artikel 7

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 1 Nummer 29 Buchstabe a, b und d Doppelbuchstabe bb Dreifachbuchstabe aaa treten am 1. Januar 2018 in Kraft.

(3) Artikel 2 Nummer 1 bis 3 tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Britta Stark

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Mit dem „Koalitionsvertrag der SPD Brandenburg und der LINKE Brandenburg für die 6. Wahlperiode des Brandenburger Landtages“ vereinbarten die Vertragspartner u.a. die Novellierung des Brandenburgischen Wassergesetzes. Gemäß dieser Vereinbarung sollen die Verteilung der Kosten der Gewässerunterhaltung gerechter gestaltet sowie regionale Besonderheiten und das Verursacher –und Vorteilsprinzip stärker berücksichtigt werden. Ziel der anstehenden Novellierung ist es, dem Anliegen des Koalitionsvertrages nachzukommen. Darüber hinaus wird auch Änderungsbedarf umgesetzt, der sich aus der Anwendung der Vorschriften in der Praxis ergeben hat. Zudem werden die Vorschriften auf Möglichkeiten der Deregulierung und Kommunalisierung von Aufgaben überprüft. Die Änderungen betreffen mehrere Gesetze, die in einem Artikelgesetz zusammengefasst werden.

Entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag und des Landtagsbeschlusses vom 23.09.2013 wurden die landesrechtlichen Regelungen zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung und zur Mitgliedschaft in den Gewässerunterhaltungsverbänden einem Ländervergleich unterzogen sowie ein Planspiel zur Prüfung der Umsetzbarkeit und Praktikabilität unterschiedlicher Regelungsmodelle für modifizierte Umlage- und Mitgliedschafts- bzw. Beteiligungsregelungen durchgeführt. Im Ergebnis soll bei der Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung der Flächenmaßstab hinsichtlich der Waldflächen modifiziert werden. Die mitunter geforderte Einzelmitgliedschaft der Grundstückseigentümer/ Grundstückseigentümerinnen in den Gewässerunterhaltungsverbänden ist aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar.

Weitere Schwerpunkte dieser Gesetzesnovelle sind Änderungen der Regelungen zum Schöpfwerksbetrieb, zum Wassernutzungsentgelt sowie zu den Gewässerrandstreifen. Der Betrieb von Schöpfwerken, die der Wasserabführung dienen, soll zukünftig von der Gewässerunterhaltung umfasst sein. Die Tarife zum Wassernutzungsentgelt wurden modifiziert. Bezüglich der Gewässerrandstreifen wird eine Verpflichtung zum Erlass einer Rechtsverordnung festgelegt, wobei freiwillige Vereinbarungen vorgehen.

Abgesehen von der Umsetzung des Auftrages der Regierungspartien und der weiteren Anpassungen ist keine umfassende Überprüfung des Brandenburgischen Wassergesetzes vorgesehen. Das Brandenburgische Wassergesetz wurde mit Gesetz vom 23. April 2008 (GVBl. I S. 62) einer umfassenden Prüfung zur Entbürokratisierung unterzogen, mit der Novelle dem 2. Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften vom 19. Dezember 2011 (GVBl. I Nummer 33) erfolgte eine grundlegende Anpassung an bundesrechtliche Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Brandenburgisches Wassergesetz):

Zur Inhaltsübersicht:

Die Inhaltsübersicht ist entsprechend den Änderungen der Überschriften, Aufhebung und Neubelegung zu den Paragraphen zu ändern.

Zu § 2 Absatz 1:

§ 23 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes ermächtigt die Bundesregierung, durch Rechtsverordnung Vorschriften zum Schutz der Gewässer unter den genannten Voraussetzungen zu erlassen. In § 23 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes wird ausdrücklich die Ermächtigung der Landesregierungen zum Erlass von Rechtsverordnungen geregelt, solange und soweit die Bundesregierung von ihrer Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht hat. Im Sinne der Verfahrensvereinfachung soll diese Verordnungsermächtigung an das für Wasserwirtschaft zuständige Mitglied der Landesregierung übertragen werden.

Zu § 2 Absatz 2:

Die Erweiterung im Vergleich zur geltenden Fassung dient der Konkretisierung.

Zu §§ 15, 16, 17:

Gemäß § 51 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sind drei Alternativen geregelt, die die Festsetzung von Wasserschutzgebieten rechtfertigen. Neben der Gewährleistung der Trinkwasserversorgung können Wasserschutzgebiete auch zur Grundwasseranreicherung oder zur Verhinderung des Abschwemmens von Bodenbestandteilen, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln festgesetzt werden. Diese Differenzierung wird in § 15 im Hinblick auf die Verfahrensregelungen stärker herausgestellt.

In § 16 (neu) wird das Verfahren der Ausweisung von Wasserschutzgebieten umfassend geregelt. Die Regelung entspricht dem bisher praktizierten Verfahren. Die bereits bisher festgelegten Verfahrensschritte der Auslegung und des Anhörungsverfahrens werden nach verfassungsrechtlichen Grundsätzen ausgestaltet. Bislang enthielt § 15 nur die Vorgabe, dass ein Anhörungsverfahren durchzuführen ist. Da die Einhaltung von Verfahrensregelungen ein wesentlicher Bestandteil rechtsstaatlichen Handelns ist, besteht hier ein Regelungsbedarf insbesondere zur öffentlichen Auslegung der Unterlagen, zur Möglichkeit, Einwendungen zu erheben und zur Durchführung eines Erörterungstermins, sowie die Art und Weise der Bekanntmachung dieser Verfahrensschritte. In Anbetracht der Dauer der Auslegung wird eine Auslegung der Unterlagen bei der Anhörungsbehörde in der Regel als ausreichend und zumutbar für die Betroffenen angesehen. Wenn die Anhörungsbehörde in Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten einen oder mehrere weitere Auslegungsorte oder die Veröffentlichung im Internet für geboten hält, kann sie dies tun. In diesem Fall sind auch für die nicht zwingend vorgesehenen Möglichkeiten der Auslegung die formalen Vorgaben einzuhalten.

Da die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zur Nichtigkeit der Verordnung führen kann, bedarf es korrespondierend zu den Verfahrens- und Formvorschriften aus Gründen der Rechtssicherheit einer angemessenen Frist von einem Jahr, innerhalb derer Rechtsverstöße geltend zu machen sind. Anders als die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften können sich Mängel des Abwägungsvorgangs auf den Inhalt der Verordnung auswirken, was im Einzelfall nicht

immer leicht zu erkennen ist. Auch für diese Mängel besteht ein Bedarf für eine Heilungsmöglichkeit, um Rechtssicherheit für die Betroffenen und planende Behörden zu schaffen und einen effektiven Schutz der Wasserversorgung zu gewährleisten. Heilungsmöglichkeiten sollen in erster Linie für nicht gravierende Mängel bestehen, daher sind nur offensichtliche Mängel beachtlich, die auf das Abwägungsergebnis Einfluss haben. Da es sich hier nicht um formale, sondern um inhaltliche Mängel handelt, ist zur Wahrung der Interessen Betroffener eine längere Frist von vier Jahren geboten, innerhalb derer der Mangel geltend zu machen ist.

Rechtsverordnungen, die keine erheblichen Betroffenheiten hervorrufen, können im vereinfachten Verfahren verändert werden. Eine erhebliche Erweiterung des Entwurfs liegt insbesondere vor, wenn Belange Dritter erstmals oder stärker berührt werden und wenn sich die Änderung erstmals oder stärker auf das Gebiet einer Gemeinde auswirkt.

Eine nur unwesentliche unerhebliche Erweiterung liegt vor, wenn weder Belange Dritter noch das Gebiet einer Gemeinde stärker als bisher berührt werden.

Die Neufassung des § 17 dient der Klarstellung zum Rechtscharakter der wasserbehördlichen Schlichtung bei Streit über einen finanziellen Ausgleich für bestimmte Einschränkungen in einem Wasserschutzgebiet. § 16 Satz 7 (alt) erhielt seine Fassung durch die Gesetzesänderung vom 10.07.2002 (GVBl. I, S. 62 ff. – damals noch als § 16 Abs. 4 Satz 7). Die Begründung des Gesetzentwurfs der Landesregierung (LT-Drucksache 3/4177) stellt zwar dar, dass der Schlichtungsspruch keinen anfechtbaren Verwaltungsakt darstellen soll, sondern lediglich einen Schiedsspruch, also ein antizipiertes Gutachten für eine eventuell notwendige Klärung der Höhe der Ausgleichsforderung vor den ordentlichen Gerichten. Die bisherige Formulierung „durch Schlichtungsspruch festgesetzt“ lässt diesen Willen des Gesetzgebers jedoch nicht klar genug erkennen, sondern ließe sich auch als Verwaltungsakt der Wasserbehörde verstehen. Der Vorschlag der Wasserbehörde im Rahmen des Schlichtungsverfahrens ist eine Amtshandlung im Sinne des § 2 Absatz 1 Nr. 1 des Gebührengesetzes Brandenburg (GebGBbg). Erforderliche Auslagen für einen Sachverständigen können gemäß § 9 Satz 2 Nr. 5 GebGBbg gegenüber Gebührenschuldern geltend gemacht werden.

Zu § 21 Absatz 4:

Die Änderung des § 21 Abs. 4 ist erforderlich, weil die früher von der herrschenden Meinung vertretene Auffassung, die Bestimmungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes hätten Vorrang vor wasserrechtlichen Bestimmungen, nicht mehr zutrifft. Aufgrund der bis 2006 bestehenden bloßen Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes für das Wasserrecht ging man von einem Vorrang des Bodenschutzrechts für die Gewässerverunreinigungen aus, denen eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast zugrunde lag. Seit der Verfassungsänderung von 2006 verfügt der Bund sowohl für das Bodenschutz- als auch für das Wasserrecht über die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz. Da die bodenschutzrechtlichen Bestimmungen auch nicht spezieller sind, können bei Verunreinigungen oder sonstigen nachteiligen Veränderungen eines Gewässers grundsätzlich – wenn die jeweiligen Tatbestandsvoraussetzungen vorliegen – bodenschutz- und wasserrechtliche Regelungen nebeneinander anwendbar sein (vgl. auch OVG Münster, Beschluss vom 29.04.2013, AZ 20 A 963/11).

Zu § 24 Absatz 2 Nummer 2:

Die Änderung stellt klar, dass Ausnahmen nach § 31 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes nicht von der für die Erstellung der Bewirtschaftungspläne zuständigen Behörde erteilt werden. Diese Ausnahmeentscheidungen sind im Rahmen des jeweiligen Zulassungsverfahrens zu treffen, siehe hierzu § 126 Absatz 6 (neu). Dies entspricht auch der hierzu ergangenen Rechtsprechung zur Prüfung der Zulässigkeit von Vorhaben.

Zu § 24 Absatz 4 Satz 2:

Die Gewässereinstufungsverordnung ist außer Kraft getreten und ersetzt worden durch die Oberflächengewässerverordnung, die nunmehr bundesrechtlich entsprechende Überwachungsprogramme vorgibt. Die Möglichkeit der Verknüpfung der verschiedenen Überwachungsprogramme soll aus Gründen der Verwaltungseffizienz erhalten bleiben.

Zu § 28 Satz 2 neu:

Es wird klargestellt, dass auch Anforderungen an den Rückbau der Benutzungsanlage bereits bei Erteilung der Erlaubnis gestellt werden können.

Zu § 28 Satz 4 neu:

Der neu eingefügte Satz 4 verweist auf die Erteilung von Ausnahmen von den Bewirtschaftungszielen nach § 31 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes durch die Zulassungsbehörde.

Zu § 30 neu:

Aufgrund des gesetzlichen Übergangs der Erlaubnis und Bewilligung ist eine verpflichtende Anzeige des Übergangs für die Gewährleistung des Vollzuges erforderlich.

Zu § 36a:

Durch die Änderung des § 78, der die Pflicht zum Betrieb der den dort genannten Zielstellungen dienenden Stauanlagen regelt, wird die Regelung des § 36a Abs. 1 entbehrlich.

Die bisher in Absatz 2 geregelte Kostenbeteiligung des Landes an den Unterhaltungs- und Betriebskosten richtet sich künftig nach § 81.

Zu § 37:

Aufgrund der praktischen Schwierigkeiten bei der Anwendung der mit dem Ziel der Deregulierung eingeführten Anzeigepflicht wird wieder eine Genehmigungspflicht geregelt. Ausgenommen vom Anwendungsbereich sind die im Rahmen der Gewässerunterhaltung zu betreibenden Anlagen. Hierzu wird in § 86 eine spezielle Regelung getroffen.

Zu § 38:

Es handelt sich um die zu § 10 Abs. 5 Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG) spiegelbildliche Regelung für die Fälle, in denen ein immissionsschutzrechtlich zu genehmigendes Vorhaben mit einer Abwassereinleitung („Immission“) verbunden ist. Die wasserrechtliche Erlaubnis für die Gewässerbenutzung wird bei der Zulassung des Vorhabens nicht konzentriert, § 13 BImSchG. Bei anhängigen immissionsschutzrechtlichen Zulassungsverfahren wird die Koordinierung gemäß § 10 Abs. 5 BImSchG seitens der Immissionsschutzbehörde gewährleistet. Der bisherige § 39 a, der aufgrund des mittlerweile entbehrlichen Abschnitts 1a (siehe unten) aktualisiert und als § 38 systematisch neu zugeordnet wird, stellt für die Wasserbehörden das verfahrensrechtliche Pendant dar. Sollen Änderungen der Gewässerbenutzung außerhalb eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens erfolgen, wird auch in diesen Fällen eine Koordinierung gewährleistet, damit die Immissionsschutzbehörde ihrerseits auch dann prüfen kann, ob z.B. die Änderung der Gewässerbenutzung eine ebenfalls genehmigungspflichtige Änderung der BImSchG-Anlage bedingt.

Zu Kapitel 5 Abschnitt 1a, §§ 39a-39g:

Die §§ 39a-39g wurden durch Gesetz vom 10. 7. 2002 zur Umsetzung der UVP-Richtlinie und der IVU-Richtlinie im Land Brandenburg und zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften (GVBl. I S. 62ff.) eingeführt. Die IVU-Richtlinie wurde mit wenigen, aber wesentlichen Änderungen in die Industrieemissionsrichtlinie (2010/75/EU) integriert. Die Industrieemissionsrichtlinie wurde im Immissionsschutz- und im Wasserrecht u.a. durch Änderung der 4. BImSchV und Erlass der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung – IZÜV durch Bundesrecht vollständig umgesetzt. An einer Aufrechterhaltung der landesrechtlichen Regelungen besteht nur noch insoweit Bedarf, als die Koordinierungspflicht der Immissionsschutz- und Wasserbehörden gemäß § 10 Absatz 5 BImSchG grundsätzlich bestehen bleibt und auch wasserrechtlich gespiegelt werden sollten. Dies erfolgt durch den neuen § 38 und die Aufhebung des gesamten Abschnitts 1a.

Zu § 40 Absatz 1:

Das Wassernutzungsentgelt ist eine Sonderabgabe mit Anreiz-, Lenkungs- und Finanzierungsfunktion. Damit die Abgabe auch zukünftig diese Funktionen erfüllt, sind erstmalig nach mehreren Jahren Tarifierungsanpassungen geboten. Sie dienen einerseits einer verursachergerechteren Kostenbeteiligung und andererseits der Sicherung des Aufkommens aus der Abgabe, das für die zunehmenden Aufgaben für eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung und insbesondere zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele bis spätestens 2027 benötigt wird. Die Freistellung der Landwirtschaft für Beregnungswasser aus oberirdischen Gewässern soll dazu beitragen, dass entsprechende Grundwasserentnahmen zukünftig verringert werden.

Zu § 40 Absatz 5:

Ein großer Kostenanteil der staatlichen Gewässerbewirtschaftung entfällt auf Hochwasserschutzmaßnahmen. Durch die verbindlichen Hochwasserrisikomanagementpläne wird in den nächsten Jahren der Bedarf an entsprechenden Investitionen noch zunehmen. Aus diesem Grund soll der Verwendungszweck des Wassernutzungsentgelts erweitert werden.

Zu § 43 Absatz 1 Satz 1:

Der Hinweis soll verdeutlichen, dass auch bei der Ausübung des Gemeingebrauches die allgemeinen Grundsätze des Gewässerschutzes, wie auch der Schutz der Uferbereiche, zu berücksichtigen sind. Insbesondere darf durch die Benutzung keine erhebliche Beeinträchtigung des Gewässers oder des Ufers hervorgerufen werden.

Zu § 54 Absatz 1:

Zur Klarstellung wurde der Begriff „Bestandserfassung“ durch „Grundwasservorratsnachweis“ ersetzt. Damit wird präzisiert, dass der Antragsteller/ die Antragstellerin nachweisen muss, dass ausreichende Grundwasservorräte für die beabsichtigte Grundwasserentnahme vorhanden sind.

Zu § 54 Absatz 4:

Die Änderung dient der Klarstellung dahingehend, dass die fachlichen Voraussetzungen bei der Anordnung der Versickerung geprüft werden müssen.

Zu § 65 Absatz 2:

Durch die Regelung soll dem Inhalt des Abwasserbeseitigungskonzeptes bei der Erteilung von Erlaubnissen für Abwassereinleitungen hinreichend Geltung verschafft werden. Die Änderung erfolgt im Hinblick auf geplante Anschlüsse von Grundstücken an die öffentliche Kanalisation. Ist z.B. der Zeitpunkt für den Anschluss eines Grundstücks an die Kanalisation benannt, soll auch die Einleiterlaubnis nur bis zu diesem Zeitpunkt befristet werden.

Zu § 66 Absatz 1 Satz 4 bis 8:

Die Streichung erfolgt im Hinblick auf die nunmehr in § 67 vorgesehene Regelung zum Abwasserbeseitigungskonzept.

Zu § 66 Absatz 2 Nummer 1a:

Die Niederschlagswasserbeseitigung wird oftmals von Zweckverbänden wahrgenommen und die entsprechenden Satzungen durch diese erlassen. Dieser Praxis trägt die Änderung Rechnung.

Zu § 66 Absatz 2 Nummer 1b:

Zur Entlastung der Verwaltung und im Sinne einer Vereinfachung des Verwaltungshandelns wird die Niederschlagswasserbeseitigungspflicht für erlaubnisfreie Gewässerbenutzungen auf den benannten Personenkreis bereits durch Gesetz übertragen.

Zu § 67 neu:

Die Regelung knüpft an den bisherigen § 66 Absatz 1 an. In der Praxis ist die Abwasserbeseitigung oftmals für gleiche örtliche Bereiche fachlich zwischen verschiedenen Trägern aufgeteilt, z.B. im Hinblick auf die leitungsgebundene und die nicht leitungsgebundene Entsorgung.

Das Abwasserbeseitigungskonzept stellt ein wichtiges Instrument des Gewässerschutzes dar. Um dieses effektiver auszugestalten wird nunmehr ausdrücklich geregelt, dass das vorgelegte Konzept durch die Wasserbehörden beanstandet werden kann. Die Prüfung der Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht war auch bisher von den Aufgaben Wasserbehörden umfasst. Die vorzulegenden Ergebnisse der UVP sind nicht Gegenstand der konkreten Prüfung.

Zu § 73 Absatz 1:

Dem für Wasserwirtschaft zuständigen Mitglied der Landesregierung wird eine Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung gemäß § 61 Abs. 1 und Abs. 3 WHG eingeräumt. In dieser kann geregelt werden, unter welchen Voraussetzungen Direkteinleiter/ Direkteinleiterinnen ihrer Pflicht zur Selbstüberwachung abweichend gem. § 73 Abs. 1 Satz 1 (qualifizierte Selbstüberwachung durch zugelassenen Stellen) durch eigens fachkundiges Personal nachkommen können. Die Ermächtigung besteht, soweit und solange die Bundesregierung nicht von ihrer Ermächtigung gemäß § 61 Absätze 1 und 3, § 23 Abs. 1 Gebrauch gemacht hat (§ 23 Abs. 3 WHG).

Zu § 73 Absatz 2:

Die Frist wird auf mindestens 2 Überwachungsintervalle festgelegt. Eine Bewertung der Ergebnisse ist nur möglich, wenn auch die Unterlagen der vorangegangenen Überwachung verfügbar sind.

Zu § 74:

Auch hinsichtlich der Selbstüberwachung von Indirekteinleitungen wird - wie in § 73 Absatz 1 Satz 2 (neu) - eine Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung betreffend die Überwachung durch eigenes Personal vorgesehen.

Zu § 75 Absatz 2:

Die Ergänzung erfolgt im Hinblick auf Überwachungsintervalle, die länger als 10 Jahre betragen. Eine Bewertung ist nur möglich, wenn auch die Unterlagen der vorangegangenen Überwachung verfügbar sind.

Zu § 77:

Die Verpflichtung zum Ausgleich der Wasserführung wird gestrichen, da hierfür keine fachliche Notwendigkeit mehr besteht. Die Regelung umfasste nachteilige Abflussveränderungen, die durch menschlichen Eingriff verursacht wurden und einen Ausgleich durch wasserwirtschaftliche Maßnahmen erforderten. Die Vorschrift trug insbesondere der Situation nach 1990 Rechnung, in der für viele nachteilige Gewässerveränderungen keine Verantwortlichkeit mehr ermittelt werden konnte. Solche Rechtsverhältnisse sind mittlerweile geklärt. Wenn Veränderungen durch einen Verursacher/ eine Verursacherin hervorgerufen werden, kann dieser auf der Grundlage der Regelungen zur Gewässerüberwachung in Anspruch genommen werden. Der Verursacher/ die Verursacherin kann bei Bedarf auch einen Gewässerunterhaltungsverband mit der Durchführung einer Ausgleichsmaßnahme beauftragen. In diesem Fall ist die Kostenübernahme durch den Verursacher/ die Verursacherin durch Vereinbarung gesichert, was zu einer Entlastung der Gewässerunterhaltungsverbände beiträgt.

Aus systematischen Gründen werden die Regelungen zum Gewässerrandstreifen von der Gewässerunterhaltung getrennt geregelt. Die Neuregelung erfolgt in § 77. Danach bleibt es grundsätzlich bei der Festlegung der Gewässerrandstreifen im Außenbereich mit einer Breite von fünf Metern und bestimmten gesetzlichen Verboten gemäß § 38 WHG. Dort, wo insbesondere aus den verbindlichen Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen ein zusätzlicher Handlungsbedarf besteht, sind weitergehende Regelungen zur Breite von Gewässerrandstreifen und zu zusätzlichen Verboten durch die oberste Wasserbehörde zu treffen. Allerdings soll vorrangig das Kooperationsgebot beachtet werden (§ 77 Absatz 2).

Zu § 78 Absatz 2 neu:

Die Verpflichtung zur Erstellung von Unterhaltungsplänen dient der effektiven und mit den unterschiedlichen Belangen in Übereinstimmung gebrachten Gewässerunterhaltung. Auch der wasserrechtliche Vollzug wird durch die Regelung effektiver gestaltet, da die Maßnahmen im Zusammenhang über einen längeren Zeitraum betrachtet werden. Durch die Beteiligung der örtlichen Naturschutz-, Landwirtschafts-, Forst- und Wasserbehörden können mögliche Konflikte frühzeitig erkannt und geklärt werden. Die Gewässerunterhaltungsverbände haben den genannten Behörden die Gewässerunterhaltungspläne im Rahmen der Abstimmung zur Kenntnis zu geben und ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist zu geben. Dies gibt den Wasserbehörden auch die Gelegenheit, die Vereinbarkeit des Gewässerunterhaltungsplanes mit den Ergebnissen der Gewässerschauen zu überprüfen. Die Planung, Durchführung und Kontrolle der ordnungsgemäßen Erfüllung der Gewässerunterhaltung werden durch die Neuregelung zugleich verbessert und vereinfacht.

Zu § 78 Absatz 3 neu:

Aufgrund der naturräumlichen und tatsächlichen Gegebenheiten in Brandenburg wird, wie in Bundesländern mit vergleichbaren Rahmenbedingungen, der Betrieb und die Unterhaltung von Schöpfwerken, die der Abführung des Wassers dienen, als Aufgabe der Gewässerunterhaltung geregelt. Das gilt auch für Stauanlagen, die der Erhaltung des Gewässers in einem Zustand, der hinsichtlich der Rückhaltung von Wasser den wasserwirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht, dienen. Umfasst sind davon auch die bisher im Verzeichnis nach § 36a Abs. 1 genannten zu betreibenden Stauanlagen. Der Betrieb und die Unterhaltung von Schöpfwerken und Stauanlagen, die diesen Zwecken nicht dienen, wird dagegen weiterhin nicht Gegenstand der Gewässerunterhaltung sein. Für diese Anlagen gilt § 82.

Um sicherzustellen, dass das öffentliche Interesse an der Gewässerunterhaltung und private Nutzungsinteressen am Betrieb angemessen ausgeglichen werden, wird eine Erlaubnispflicht geregelt, auch wenn Gewässerunterhaltungsmaßnahmen im Allgemeinen keiner Erlaubnis bedürfen. In der Erlaubnis ist zu regeln, welche Anforderungen zur Erfüllung der Gewässerunterhaltungspflicht einzuhalten sind.

Zu § 79 Absatz 1 Satz 3:

Es wird klargestellt, dass die Unterhaltungspflicht nicht die Bundeswasserstraßen umfasst.

Die Regelung zur Kostentragung durch das Land erfolgt zur Klarstellung.

Die Unterhaltungspflicht für Gewässer I. Ordnung obliegt dem Land. Lediglich die Durchführung der Unterhaltung wird mit § 79 Absatz 1 Satz 3 den Gewässerunterhaltungsverbänden übertragen. Es soll nicht der Regelfall sein, dass die Verbände mit Beiträgen für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung in Vorleistung gehen. Beiträge sind den Verbänden von den Mitglieder nur insoweit zu leisten, als sie zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind (§ 28 Absatz 1 WVG). Die bisherige Regelung war insoweit missverständlich.

Zu § 79 Absatz 1 Satz 4:

Dass die Regelung zur Unterhaltungspflicht von Anlagen (§ 82) unberührt bleibt, bedarf keiner gesonderten Regelung.

Zu § 79 Absatz 2 Satz 2:

Die Formulierung stellt klar, dass die Flächen der Gewässer I. Ordnung weder bei der Beitragsberechnung (-kalkulation) noch bei der Beitragserhebung (gegenüber den Eigentümer dieser Flächen) berücksichtigt werden dürfen.

Zu § 79 Absatz 3 und 4 neu:

Wie in anderen Bundesländern wird ermöglicht, dass der Anlagenbetrieb als Teil der öffentlich-rechtlichen Gewässerunterhaltungspflicht auch von Dritten wie Kommunen oder privaten Unternehmen (z.B. Landwirtschaftsbetrieben) wahrgenommen werden kann. Damit können bewährte Strukturen aufrechterhalten und eine alternative Verantwortlichkeit begründet werden, wenn der/ die Dritte mit der Übertragung einverstanden ist und ein ordnungsgemäßer Betrieb gewährleistet erscheint. Über die Zuständigkeit muss dann auf Antrag oder von Amts wegen die Wasserbehörde entscheiden.

Zu § 80 Absatz 1 Satz 3 bis 5:

In § 80 Absatz 1 Satz 3 und 4 BbgWG wird eine Modifizierung des bisher geltenden reinen Flächenmaßstabes geregelt. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Verteilung der Kosten für die Gewässerunterhaltung der Gewässer II. Ordnung auf die Grundstückseigentümer/ Grundstückseigentümerinnen gerechter zu gestalten und regionale Besonderheiten und das Verursacher- und Vorteilsprinzip stärker zu berücksichtigen (vgl. Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2014 bis 2019). Waldflächen nach dem Waldverzeichnis werden bei der Beitrags-erhebung privilegiert. Für diese Flächen wird, im Gegensatz zu allen anderen beitragspflichtigen Flächen, lediglich ein Grundbeitrag erhoben.

Die Begünstigung der Waldflächen wird dem Umstand gerecht, dass auf Waldflächen das Niederschlagswasser überwiegend versickert bzw. von den Bäumen aufgenommen wird und deshalb nur ein verminderter Abfluss in die zu unterhaltenden oberirdischen Gewässer erfolgt. Von den ca. 37 % Landesfläche Wald in Brandenburg sind zudem ca. 77 % Kiefernwald, der eine besonders hohe Wasseraufnahme durch die Bäume aufweist. Eine rechtssichere Ermittlung von anderen Flächennutzungen (z.B. Landwirtschaft, Grünflächen etc.), die möglicherweise eine Beitragsbegünstigung gerechtfertigt hätten, ist in Brandenburg derzeit nicht möglich ist. Die Liegenschaftskataster werden in Brandenburg derzeit nicht flächendeckend in der erforderlichen Tiefe und Aktualität geführt werden, die für eine rechtssichere Beitragsdifferenzierung erforderlich wäre.

Der Grundbeitrag ist nach der Regelung wie folgt zu ermitteln: Grundlage sind die für das Verbandsgebiet insgesamt in einem Jahr anfallenden Unterhaltungskosten für die Gewässer II. Ordnung. Von diesen Kosten sind zunächst die Erschwerungskosten gemäß §§ 80 Absatz 1 Satz 2, 85 BbgWG abzuziehen. Von dem hiernach verbleibenden Betrag sind weitere 20% zu subtrahieren. Aus dem nunmehr verbleibenden Betrag ist nach dem Flächenmaßstab gemäß § 80 Absatz 1 Satz 1 BbgWG der Grundbeitrag zu berechnen. Der so ermittelte Grundbeitrag ist für alle betragspflichtigen Flächen im Verbandsgebiet zu erheben.

Der Aufschlag nach § 80 Absatz 1 Satz 5 BbgWG, der für alle Nicht-Waldflächen zusätzlich zu erheben ist, ist wie dann folgt zu ermitteln: Aus den nach der Berechnung des Grundbeitrages verbleibenden 20 % der Unterhaltungskosten ist nach dem Flächenmaßstab gemäß § 80 Absatz 1 Satz 1 BbgWG für alle übrigen Flächen, d.h. für alle Nicht-Waldflächen, ein Beitrag zu errechnen (Aufschlag). Der so ermittelte Aufschlag ist für alle Nicht-Waldflächen zusätzlich zum Grundbeitrag zu erheben.

Zu § 80 Absatz 1a :

§ 80 Absatz 2 BbgWG legt fest, dass das bei den unteren Forstbehörden gemäß § 30 Absatz 2 Waldgesetz in Verbindung mit der Waldverzeichnisverordnung geführte Verzeichnis der Waldflächen für die Bestimmung der Waldflächen zur Beitragserhebung nach § 80 Absatz 1 maßgeblich ist. Es ist der im Verzeichnis am Stichtag 1. Juni des Vorjahres im Waldverzeichnis geführte Bestand der Beitragserhebung zu Grunde zu legen.

Die unteren Forstbehörden werden verpflichtet, den Gewässerunterhaltungsverbänden auf Antrag die für das beitragspflichtige Verbandsgebiet maßgeblichen Auszüge zu übermitteln.

Zu § 80 Absatz 1b und Absatz 2:

Die Betriebs- und Unterhaltungskosten sind im Regelfall als unselbstständiger Bestandteil der Gewässerunterhaltung auf alle Verbandsmitglieder umzulegen.

Führt dies zu unverhältnismäßigen Belastungen einzelner Verbandsmitglieder, muss eine abweichende Regelung getroffen werden. Das kommt insbesondere in Betracht, wenn die Schöpfwerkskosten vergleichsweise hoch sind, wenn sie auch von Mitgliedern getragen werden müssen, die keinen Vorteil, sondern möglicherweise sogar einen Nachteil vom Schöpfwerksbetrieb haben, oder wenn der Schöpfwerksbetrieb bestimmten Nutzern besondere wirtschaftliche Vorteile verschafft.

Zu § 80 Absatz 2 Satz 1:

In § 80 Absatz 2 Satz 1 BbgWG wird klar gestellt, dass die Verwaltungskosten für die Umlage der Beiträge von der Gemeinde „festgesetzt“ und nicht „umgelegt“ werden und keine (an der Fläche orientierte) Umlage im Sinne des § 80 Absatz 2 Satz 3 Nr. 2 BbgWG darstellen. (Gegenstand der Petition Nr. 2583/5; in der Antwort wurde eine Klarstellung im Gesetz in Aussicht gestellt).

Weiterhin sind neben den festgesetzten Verbandsbeiträgen auch festgesetzte Vorausleistungen gemäß § 32 Wasserverbandsgesetz umlagefähig. Anderenfalls müssten die Gemeinden diese über längere Zeiträume vorfinanzieren.

Zu § 80 Absatz 2 Satz 3 Nummer 2 und 3:

Satz 3 Nummer 2 stellt klar, dass bei der Umlage des Beitrages auf die Grundstückseigentümer/ Grundstückseigentümerinnen nicht nur die vom jeweiligen Verband erfasste und veranlagte Fläche in Quadratmetern sondern auch der Gebiets-typ (Wald, Nicht-Wald) des Grundstücks maßgeblich ist.

Neben den festgesetzten Verbandsbeiträgen sind Satz 3 Nummer 3 auch festgesetzte Vorausleistungen gemäß § 32 Wasserverbandsgesetz umlagefähig. Anderenfalls müssten die Gemeinden diese über längere Zeiträume vorfinanzieren.

Zu § 81:

Soweit Betrieb und Unterhaltung von Schöpfwerken und Stauanlagen Gegenstand der Gewässerunterhaltung ist, erfolgt eine Kostenbeteiligung nach Maßgabe des Absatzes 1. Absatz 2 kann entfallen. Bisher nach § 81 Absatz 2 subventionierte Schöpfwerke können auch zukünftig unterstützt werden. Für privatnützige Anlagen scheidet eine Kostenbeteiligung des Landes wie bisher aus.

Zu § 82:

Die Unterhaltung der benannten Anlagen liegt grundsätzlich in der Zuständigkeit der Nutzungsberechtigten. Ausgenommen hiervon werden Anlagen, die als Bestandteil des Gewässers dessen Ausbauzustand bestimmen und sichern. Diese unterfallen der öffentlich-rechtlichen Verpflichtung zur Gewässerunterhaltung. Nach der (ober-)verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung in Brandenburg wird davon ausgegangen, dass auch nach der bisherigen Rechtslage diejenigen Anlagen, die Bestandteil des Gewässers sind- z.B. Verrohrungen, die das Gewässerbett ersetzen- der Gewässerunterhaltungspflicht unterfallen. Nach Auffassung der Gerichte kommt es dabei nicht darauf an, ob die Anlagen der Wasserwirtschaft dienen. Auch Verrohrungen, die der besseren Nutzbarkeit von Grundstücken dienen, sind davon umfasst. Hier besteht jedoch die Möglichkeit, die Grundstückseigentümer/ Grundstückseigentümerinnen als Erschwerer heranzuziehen. Da sich eine unsachgemäße Unterhaltung dieser Verrohrungen erheblich auf das Gewässer auswirken kann, wird diese Zuständigkeitszuweisung beibehalten, die Regelung jedoch eindeutiger gefasst.

Zu § 84 Absatz 2:

Aus systematischen Gründen werden die Regelungen zum Gewässerrandstreifen von denen der Gewässerunterhaltung getrennt.

Zu § 85:

Da es in der Vergangenheit Probleme in der Praxis bei der Erhebung von Mehrkosten (Erschwerungskosten (§§ 80 Absatz 1 Satz 2 und 85 BbgWG)) gegeben hat und die Vorschrift von den Gewässerunterhaltungsverbänden nicht vollständig umgesetzt wurde, ist zur Erleichterung der praktischen Umsetzung eine Konkretisierung der Anwendungsfälle und der Modalitäten der Umsetzung sinnvoll.

Voraussetzung für die Erhebung von Erschwerniskosten ist zunächst die Ermittlung der konkreten Erschwernisse und der durch sie verursachten Mehrkosten. Eine Erschwernis liegt nur dann vor, wenn durch einen bestimmten Verursacher unmittelbar im oder am Gewässer Umstände geschaffen wurden, die zwingend zu einem Mehraufwand im Vergleich zu der ohne diese Umstände notwendigen Gewässerunterhaltung führen. Die nun im Gesetz in Absatz 1 Satz 2 aufgezählten Erschwernisse stellen Regelbeispiele dar, es handelt sich nicht um eine abschließende Aufzählung.

Nach Absatz 1 Satz 5 kann von einer Erhebung nur dann abgesehen werden, wenn der Aufwand für die Ermittlung oder die Erhebung der Mehrkosten außer Verhältnis zu den geltend gemachten Mehrkosten steht. Eine solche Ausnahme, die ein Abweichen von dem Gebot der Heranziehung des Verursachers/ der Verursacherin rechtfertigt, kann beispielsweise dann gegeben sein, wenn der Aufwand für die Ermittlung oder Erhebung geringer Mehrkosten außer Verhältnis zu den geltend zu machenden Mehrkosten steht.

Die Mehrkosten müssen außerdem von den richtigen Adressaten in einem rechtskonformen Verfahren erhoben werden. Durch Absatz 2 wird klargestellt, dass die Mehrkosten nicht nach dem Verbandsrecht durch Beiträge, sondern durch besonderen Leistungsbescheid geltend gemacht werden. Die gesetzliche Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit ist erforderlich, um im öffentlichen Interesse die Handlungsfähigkeit der Gewässerunterhaltungsverbände jederzeit zu gewährleisten.

Zu § 86 Absatz 1:

In Absatz 1 wird klargestellt, dass eine Feststellung in Fragen der Gewässerunterhaltung auch von Amts wegen erfolgen kann.

Zu § 86 Absatz 3:

Soweit der Betrieb von Schöpfwerken und Stauanlagen Gegenstand der Gewässerunterhaltung ist, wird in Absatz 3 eine die Regelung des § 42 Abs. 1 Nr. 2 WHG ergänzende und gegenüber § 37 spezielle Regelung für das Außerbetriebsetzen getroffen.

Zu § 87 Absatz 2 und 3:

Durch die Änderung wird verdeutlicht, dass der Schwerpunkt der Prüfung auf den wasserwirtschaftlichen Auswirkungen liegt.

Zu § 87 Absatz 4:

Im Sinne der Deregulierung wird die zwingende Befristung der Genehmigung gestrichen. Die Möglichkeit der Befristung bleibt jedoch nach den allgemeinen verwaltungsrechtlichen Vorgaben möglich. Um den sich verändernden Erfordernissen des Gewässerschutzes im Vollzug Rechnung tragen zu können, ist die Möglichkeit des Widerrufs und die Anordnung nachträglicher Nebenbestimmungen erforderlich.

Zu § 89 Absatz 2 Satz 2 neu:

Angelehnt an die Formulierungen der Landeswassergesetze anderer Bundesländer dient dieser Satz der Klarstellung.

Zu § 96 Absatz 1 Satz 1:

Die Umformulierung dient der Klarstellung.

Zu § 97 Absatz 2 Satz 1:

Es wird klargestellt, dass auch bzw. gerade Duldung der Unterhaltungsmaßnahmen umfasst ist.

Zu § 97 Absatz 3 neu:

Es wird klargestellt, dass die Unterhaltungspflicht der Gewässerunterhaltungsverbände nur die Hochwasserschutzanlagen umfasst, die dem Schutz der Allgemeinheit dienen. Das Verzeichnis des Wasserwirtschaftsamtes hat deklaratorische Wirkung.

Zu § 98 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7:

Aufgrund der unerheblichen Auswirkungen ist die Ausnahme für Fahrräder mit elektrischer Unterstützung gerechtfertigt.

Zu § 98 Absatz 4 neu:

Die Ausnahme für Deichverteidigung ist zur Gefahrenabwehr erforderlich, die Regelung zur Unterhaltung dient der Klarstellung.

Zu § 99 Absatz 1 Satz 1:

Die Wiederholung der Regelung aus dem Wasserhaushaltsgesetz entfällt.

Zu § 99 Absatz 1 Satz 2:

Zur Klarstellung wird der Verweis auf § 73 WHG (s. auch Überschrift der Regelung) ergänzt. Aufgrund des zwischenzeitlichen technischen Fortschrittes entsprechen vereinfachte Methoden der Ausspiegelung im Regelfall nicht mehr dem Stand der Technik bei der Bestimmung von Flächen, die bei einem Hochwasser potentiell überschwemmt werden. Das Wort ist deshalb zu streichen.

Zu § 99 Absatz 2:

Die Änderung dient der Klarstellung, die Verbindlichkeit ist für alle Behörden gegeben. Der Begriff „Fachbehörde“ ist im Verwaltungsrecht nicht definiert.

Zu § 99 Absatz 4:

Absatz 4 kann entfallen, § 77 WHG findet auf nicht als Überschwemmungsgebiete festgesetzte Rückhalteflächen auch ohne dass dies im Landesrecht geregelt ist, Anwendung.

Zu § 100:

Mit der neuen Formulierung werden unter Beibehaltung des bisherigen zweistufigen Vorgehens - Bestimmung von Gewässern und Gewässerabschnitten durch Rechtsverordnung und nachfolgend Festsetzung durch Karten gem. Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 - die bislang von § 100 Abs. 1 Nr. 1 erfassten Überschwemmungsgebiete in Absatz 1 geregelt. Für die Festsetzung der bislang von § 100 Absatz 1 Nr. 2 erfassten Gebiete wird nunmehr in Absatz 5 – neu eine Verordnungsermächtigung vorgesehen. Die Regelung in Absatz 2 Satz 2 entfällt daher an dieser Stelle. Für Überschwemmungsgebiete nach Absatz 1 wird das Verfahren deutlicher als bisher in den Absätzen 1 und 3 geregelt.

Durch die Änderung in Absatz 3 Satz 3 soll klargestellt werden, dass die Kartenentwürfe nur bei den (örtlich) betroffenen Wasserbehörden und bei den Ämtern und amtsfreien Gemeinden ausliegen. Amtsangehörige Gemeinden haben häufig keine Verwaltungsinfrastruktur mehr, die ihnen eine Auslegung ermöglichen würde.

In § 100 Absatz 4 (neu) Satz 1 findet sich nun die bisher in § 100 Absatz 3 Satz 4 geregelte Anpassungspflicht, erweitert um die Anpassung der Rechtsverordnung nach § 100 Abs. 1. In Absatz 4 Satz 2 wird eine Regelung für die Aufhebung von nach § 100 Abs. 2 Satz 2, Absatz 3 festgesetzten Überschwemmungsgebieten getroffen.

Absatz 5 enthält in Anlehnung an § 76 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 WHG die neue Verordnungsermächtigung für die Festsetzung der bisher von § 100 Absatz 1 Nr. 2 erfassten Gebiete. Eine Bestimmung von zugehörigen Gewässern und Gewässerabschnitten ist für diese Gebiete häufig fachlich nicht sinnvoll möglich, weshalb für diese das bisher vorgesehene zweistufige Vorgehen weniger geeignet erscheint.

§ 100 Absatz 6 entspricht dem bisherigen § 100 Absatz 4.

Die gesetzliche Möglichkeit zur vorläufigen Sicherung noch nicht festgesetzter Überschwemmungsgebiete wird in Absatz 7 sichergestellt. Dadurch soll vermieden werden, dass das Ziel von solchen Schutzgebieten wegen aufwändiger Festsetzungsverfahren nicht erreicht wird.

Zu § 103 Absatz 1 Satz 1:

Es wird klargestellt, dass die Zuständigkeit für die Gewässeraufsicht der Zuständigkeitsregelung aufgrund des Gesetzes oder der Wasserbehördenzuständigkeitsverordnung folgt. Die jeweilige Zulassungsbehörde ist in ihrem Zuständigkeitsbereich auch Sonderordnungsbehörde. Außerdem ist sie gemäß § 146 Satz 1 auch für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten zuständig.

Zu § 103 Absatz 1 Satz 2:

Entsprechend dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Frankfurt (Oder) vom 26. September 2013 (Az.: VG 5 K 1225/10) wird den Wasserbehörden eine besondere Eingriffsbefugnis gegenüber den Gewässerunterhaltungsverbänden verliehen.

Zu § 106:

Die Einfügung erfolgt zu erheblichen Vereinfachungen in der Praxis. Es soll vermieden werden, dass bei geringfügigen Abweichungen die Zulassung geändert

oder der Rückbau angeordnet werden muss. Die Behörde kann im Rahmen der Bauabnahme über die Zulässigkeit der Abweichung entscheiden.

Zu § 126 Absatz 3 Satz 2:

Es wird klargestellt, dass sich die Beratungsleistung nicht am subjektiven Bedarf der einzelnen Behörden ausrichtet. Die Beratung beschränkt sich auf die Aufgaben einer wissenschaftlich-technischen Fachbehörde und findet dann nicht statt, wenn das Fachwissen in der anfragenden Behörde vorhanden ist oder vorhanden sein müsste. Für die Begutachtung jedes Einzelfalls ist das Wasserwirtschaftsamt nicht zuständig. Die Amtsermittlung im Rahmen von Zulassungsverfahren obliegt der Wasserbehörde. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Wasserwirtschaftsamtes liegt in der Unterstützung des Vollzugs durch wissenschaftlich-technische Grundlagenarbeit, zum Beispiel in Form von fachlichen Arbeitshilfen.

Zu §126 Absatz 3 Satz 3 Nummer 3:

Es wird klargestellt, dass sich die Zuständigkeit des Wasserwirtschaftsamtes nur auf die Anlagen bezieht, die vom Land zu unterhalten sind.

Zu § 126 Absatz 3 Satz 3 Nummer 5:

Es wird klargestellt, dass das Wasserwirtschaftsamt nur für diejenigen Anlagen zuständig ist, für die es eine Verpflichtung des Landes gibt. Das sind Anlagen, die im Eigentum des Landes stehen. Allerdings soll eine Beschränkung auf die wasserwirtschaftlichen Aufgaben erfolgen, um zu vermeiden, dass das Wasserwirtschaftsamt auch zur Unterhaltung und zum Betrieb von Anlagen im Vermögen anderer Ressorts oder andere Bereiche innerhalb des Ressorts (z.B. Schöpfwerke, die von der Forstverwaltung oder der Nationalparkverwaltung verwaltet werden) verpflichtet wird.

Zu § 126 Absatz 3 Satz 3 Nummer 8:

Hochwasserrisikomanagementpläne werden gemeinsam von der obersten Wasserbehörde und dem Wasserwirtschaftsamt aufgestellt, überprüft und aktualisiert. Für eine effiziente Aufgabenverteilung ist eine Konkretisierung der bestehenden Regelungen erforderlich.

Zu § 126 Absatz 3 Nummer 10 (neu):

Bauvorhaben des Bundes und der Länder bedürfen keiner Genehmigung, Überprüfung der Bauausführung und Schlussabnahme, wenn der öffentliche Bauherr die Leitung der Entwurfsarbeiten und die Bauüberwachung einer Baudienststelle übertragen hat. Hier entstehen in der Praxis oftmals Unsicherheiten seitens der Bauordnungsämter, wenn die Ausführung durch das Wasserwirtschaftsamt erfolgt, obgleich dieses die Aufgabe wahrnimmt. Daher erfolgt die Klarstellung durch Gesetz.

Zu §126 Absatz 6 neu:

Im Sinne der Verfahrensvereinfachung und der Umsetzung der aktuellen Rechtsprechung zur Prüfung der Zulässigkeit von Vorhaben wird die Zuständigkeit der

jeweils für die Zulassung zuständigen Behörden zur Prüfung der Inanspruchnahme von Ausnahmen von den Bewirtschaftungszielen nach der WRRL geregelt.

Zu §130 Absatz 2:

Die Streichung des Bezuges auf das Brandenburgische Verwaltungsverfahrensgesetz dient der Anpassung an geltendes Recht.

Zu § 145 Absatz 1 Nummer 3e, 3 g und 7:

Die Bußgeldtatbestände werden aufgenommen, um einen effektiveren Vollzug zu gewährleisten.

Zu § 145 Absatz 1 Nummer 5e:

Es erfolgt die Aufnahme eines Ordnungswidrigkeitentatbestandes zur Anpassen an die Regelung zu Gewässerrandstreifen.

Zu § 150:

Die Anpassung und Aufhebung übergeleiteter Hochwassergebiete wie auch die Überleitung der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes festgesetzten Überschwemmungsgebiete wird geregelt.

Zu Artikel 2 (Gesetz über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden)

Zu §§ 2a und 4:

Die neue Regelung zur Berufung von Eigentümern/ Eigentümerinnen in die Verbandsversammlung oder den Verbandsausschuss löst die bisherige Beiratsregelung ab.

Die nunmehr vorgesehene Beteiligungsregelung für Eigentümer/ Eigentümerinnen soll sicherstellen, dass auch diejenigen ein Mindestmaß an Teilhabe über Stimmrechte in der Verbandsversammlung oder den Verbandsausschuss erhalten, die letztlich einen wesentlichen Teil der Kostenlast für die Unterhaltung tragen müssen.

Vorbild für die Regelung ist eine Regelung aus Sachsen-Anhalt (vgl. § 55 Absatz 2 Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt), die dort seit 2005 in Kraft ist und sich in der Praxis bewährt hat.

Vor einer Berufung sollen nach Satz 2 die Verbände von den Interessenverbänden, das sind Landesbauernverband, Bauernbund, Waldbesitzerverband, Waldbauerverband, Landesfischereiverband und Grundbesitzerverband, eine gemeinsame Vorschlagsliste für eine Berufung einholen. Für den Fall, dass sich die genannten Interessenverbände nicht innerhalb einer angemessenen Frist auf eine gemeinsame Vorschlagsliste einigen können, können die Mitglieder des Verbandes sowie Grundstückseigentümer/ Grundstückseigentümerinnen oder Kandidaten/ Kandidatinnen vorschlagen. Die Regelung dient der Sicherstellung der Handlungsfähigkeit des Verbandes.

Wegen des fehlenden Mitgliedsstatus wird in Satz 3 und 4 festgelegt, dass es einer Begrenzung des Stimmenanteils und der Stimmrechtsausübung bedarf, um den Verbandsmitgliedern bzw. deren Vertretern/ Vertreterinnen unabhängig von der Anzahl der zur Sitzung Erschienenen die Möglichkeit zu eröffnen, durch einheitliche Stimmausübung die Mehrheit gegenüber den anwesenden Eigentümern/ Eigentümerinnen zu behalten. Die Einzelheiten hierzu, die Zahl der zu Berufenden, deren Stimmenanzahl und das Verfahren der Berufung werden durch Satzung geregelt. Insbesondere steht den Verbänden frei zu regeln, ob ein gewöhnliches Beschlussfassungsverfahren oder ein spezielles Wahlverfahren dazu dienen soll, die Bestimmung der Berufenen vorzunehmen.

In Satz 5 und Satz 6 wird die Stellvertretung der Berufenen geregelt.

Aus Satz 5 und Satz 7 ergibt sich, dass die Berufenen die gleichen Verfahrens- und Informationsrechte haben wie die Verbandsmitglieder.

Zu § 6:

Es wird eine einheitliche Vorgabe für die Haushalts- und Rechnungsführung und –prüfung für alle Verbände festgeschrieben, die doppelte Buchführung. Die Regelung dient der Klarheit und Transparenz und damit der besseren Kontrollierbarkeit der Wirtschaftsführung der Gewässerunterhaltungsverbände sowohl durch die Verbandsorgane selbst als auch durch Externe (Rechnungsprüfung, Aufsicht). Es soll ein frühzeitiges Erkennen und Einschreiten bei finanziellen Schieflagen in den Verbänden sichergestellt werden.

Absatz 1 legt einheitlich für alle Verbände fest, dass Haushaltswirtschaft und Rechnungswesen nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung zu führen sind. Hierdurch werden der Geldflüsse in den Verbänden transparenter und vergleichbarer.

Es wird die entsprechende Anwendung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (§§ 238 bis 263) angeordnet. Die Vorschriften der bisher - bei Fehlen einer abweichenden Satzungsregelung - für anwendbar erklärten Vorschriften der Kommunalverfassung wurden inzwischen vom Gesetzgeber stark verändert. Sie sind für die Verbände nicht passgenau und zu komplex. Die Vorschriften des Handelsgesetzbuches sind hier geeigneter. Durch Verordnung des zuständigen Fachministers können bei Bedarf zusätzlich Einzelheiten der Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches geregelt werden.

In Absatz 2 wird eine strikte Trennung der unterschiedlich finanzierten Aufgaben der Verbände im Wirtschaftsplan und im Jahresabschluss ausdrücklich festgeschrieben. Dies dient der Sicherstellung der rechtmäßigen Verwendung der Einnahmen des Verbandes. Die verschiedenen von den Verbänden wahrgenommenen Aufgabentypen sind zwingend haushalterisch zu trennen, da sie aus unterschiedlichen Geldquellen zweckgebunden finanziert werden (insbesondere Beiträge und Kostenerstattungen).

Absatz 3 Satz 1 ordnet eine Prüfung der Jahresabschlüsse durch Wirtschaftsprüfer/ Wirtschaftsprüferinnen oder eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft an. Die Bestellung desselben Prüfers/ derselben Prüferin ist nur drei Jahre in Folge zulässig. Die Regelung soll eine unabhängige, neutrale und einheitliche Prüfung der Jahresabschlüsse sicherstellen.

Nach Satz 3 schließt die Prüfung die Haushalts- und Rechnungsführung, die Rechtmäßigkeit der Beitrags- und Mehrkostenermittlung und die Rechtmäßigkeit der Beitragserhebung und Mehrkostenrechnungslegung ein. In der Vergangenheit wurde häufig im Rahmen der Jahresprüfung keine Rechtmäßigkeitsprüfung vorgenommen. Dies hat dazu geführt, dass in Einzelfällen auch bei rechtswidriger Beitragserhebung und rechtswidriger Mittelverwendung aufgrund der Feststellung eines Wirtschaftsprüfers zur wirtschaftlichen Richtigkeit des Jahresabschlusses eine Entlastung der Vorstände erfolgt ist. Dieser Fehlentwicklung soll durch die Neuregelung Einhalt geboten werden. Eine vergleichbare Regelung enthält § 55 Absatz 7 Satz 5 Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt.

Die Kosten für die Prüfung der Jahresabschlüsse sind wie bisher von den Verbänden zu tragen.

Absatz 4 verpflichtet die Verbände, angemessene Rücklagen zu bilden. Die Regelung dient der Sicherung der Liquidität des Verbandes bei unerwarteten Zahlungsausfällen oder Ausgaben (z.B. Zahlungsausfälle wegen eingelegerter Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung, Notwendigkeit von ungeplanten Investitionen, Notwendigkeit witterungsbedingter Sofort- oder Sicherungsmaßnahmen) und damit der Sicherstellung der durchgängigen Aufgabenwahrnehmung auch bei unvorhersehbaren finanziellen Engpässen. Die Notwendigkeit von Kreditaufnahmen soll reduziert werden und es sollen langfristige Zahlungsschwierigkeiten vermieden werden. Die Verordnung nach Absatz 1 Satz 3 kann Einzelheiten zur Bildung, den Zwecken, der Höhe und der Verwendung der Rücklagen regeln.

Zu § 6a:

Die Einfügung dient der Klarstellung.

Zu Artikel 3 (Brandenburgisches Abwasserabgabengesetz)

Zu § 4:

Die Änderungen in § 4 Absätze 2 und 3 dienen der Klarstellung, dass die Abgabefreiheit nur gewährt wird, wenn die Anforderungen insgesamt eingehalten sind. In Absatz 4 wird klargestellt, dass die Abgabefreiheit nur bei einer rechtskonformen Benutzung gewährt wird. Die Änderungen sollen dazu beitragen, dass die Bedingungen für eine Abgabefreiheit für die Betroffenen deutlicher als bisher festgelegt werden. Es werden Fragen aufgegriffen, die in der Vollzugspraxis häufig gestellt werden.

Zu § 8:

Die rechtzeitige und vollständige Abgabeerklärung des Abgabeschuldners/ der Abgabeschuldnerin erleichtert den Verwaltungsvollzug der Abwasserabgabe. Die Änderungen des § 8 sollen hierzu beitragen. Es wird ausdrücklich geregelt, dass die Frist zur Abgabeerklärung nur auf Antrag verlängert wird.

Zudem wird eine Pflicht zur unverzüglichen Richtigstellung von Abgabeerklärungen vor Ablauf der regulären Festsetzungsfrist geregelt.

Zu § 9:

Im Sinne einer effektiven Abgabenerhebung ist es erforderlich, eine eindeutige Frist für die Erklärung der Verrechnung zu regeln.

Zu § 11:

Die Festsetzungsfrist wird im Sinne der Rechtssicherheit konkretisiert.

Im Fall der nachträglichen Richtigstellung von Abgabeerklärungen gemäß § 8 Absatz 5 läuft die Festsetzungsfrist nicht vor Ablauf eines Jahres nach dem Eingang der Anzeige ab. Dadurch erhält die Vollzugsbehörde eine angemessene Bearbeitungszeit.

Zu § 12:

Zur Vermeidung von Rechtsunsicherheiten wird die Fälligkeitsregelung in Absatz 1 stringenter gefasst. Die Zinshöhe wird an die Regelung zum Wassernutzungsentgelt angepasst. Zur Regelung der Zinsen im Falle der Aussetzung der Vollziehung erfolgt der Verweis auf § 237 der Abgabenordnung.

Zu Artikel 4 (Gebührenordnung des MLUL):

Die persönliche Gebührenfreiheit der Gewässerunterhaltungsverbände wird eingeschränkt, um bei den Wasserbehörden, insbesondere bei den Landkreisen, die Möglichkeit der Kostendeckung zu schaffen. Der Gedanke der Gegenseitigkeit der Leistungserbringungen, der der persönlichen Gebührenfreiheit zu Grunde liegt, ist in diesem Verhältnis nicht gegeben.

Die Änderung der Tarifstellen dient der Anpassung der Gebührenordnung an die neu vorgesehenen oder geänderten Amtshandlungen des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG).

Zu Nummer 1:

Bei einem Verfahren zur Zulassung Vorhabens ist zu prüfen, ob dieses gegen die Gebote und Verbote der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) verstößt. Ist dies der Fall, muss geprüft werden, ob eine Ausnahme zugelassen werden kann. Der Schwerpunkt der Prüfung liegt in der Vereinbarkeit mit der WRRL. Der Aufwand für die Ausnahmeprüfung ist sehr unterschiedlich, mitunter scheidet diese nach kurzer Prüfung aus, weil erkennbar kein Kriterium- z.B. kein öffentliches Interesse gegeben ist. Wird eine Ausnahme erteilt, stellt dies einen erheblichen Vorteil für den Antragsteller/ die Antragstellerin dar, weshalb eine Gebühr bis zu 20 % der Zulassungsgebühr gerechtfertigt sein kann.

Zu Nummer 2:

Die bisherige Tarifstelle wird um die Übertragung der Unterhaltungslast (§ 79 Absatz 4 BbgWG) erweitert. Der Tarifrahmen wird im Hinblick auf allgemeine Kostenerhöhungen angehoben. Grund ist der Aufwand, der insbesondere bei der Feststellung des Umfangs der Unterhaltungspflicht nach § 86 BbgWG entstehen kann.

Die Prüfung der Auswirkungen des Außerbetriebsetzens von Benutzungsanlagen ist regelmäßig mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Wasserwirtschaftliche

Aspekte sind zu ermitteln und zu berücksichtigen. Für den Antragsteller/ die Antragstellerin bringt die Genehmigung den Vorteil des rechtssicheren Außerbetriebsetzens und der Abklärung der Auswirkungen. Daher ist die Höhe der Gebühr angemessen.

Die neue Tarifstelle ist für die gebührenpflichtige Amtshandlung gemäß § 30 BbgWG erforderlich. Die Höhe der Gebühr berücksichtigt den Aufwand der Wasserbehörde, die die Unterlagen auf Plausibilität prüft. Der Vorteil für den Inhaber/ die Inhaberin der Erlaubnis ist die Einnahme der rechtsicheren Nachfolge bezüglich der Zulassung.

Zu Artikel 5 (Wasserbehördenzuständigkeitsverordnung)

Zu § 1 Nummer 5:

Anpassung der Zuständigkeit an die konkretisierte Aufgabenverteilung bei Aufstellung, Überprüfung und Aktualisierung von Hochwasserrisikomanagementplänen durch Änderung des § 126 Absatz 3 Satz 3 Nummer 8 des Brandenburgischen Wassergesetzes.

Zu § 1 Nummer 10:

Die vorläufige Sicherung noch nicht festgesetzter Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes steht in unmittelbarem Sachzusammenhang mit der Festsetzung. Dies wird nunmehr ausdrücklich klargestellt. Zuständig ist die oberste Wasserbehörde.

Zu Artikel 6 (Bekanntmachungserlaubnis)

Um die Anwendbarkeit und Lesbarkeit des Brandenburgischen Wassergesetzes in der Praxis zu gewährleisten, soll der nach dem Inkrafttreten des Mantelgesetzes geltende Text der genannten Gesetze bekannt gemacht werden.

Zu Artikel 7 (Inkrafttreten)

Zu den Änderungen zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung und zur Haushaltsführung der Gewässerunterhaltungsverbände sind angemessene Übergangsfristen erforderlich, damit die notwendigen Satzungsänderungen vorgenommen werden können.